

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 4141

Staatsanwaltschaft
bei dem ~~Kammergericht~~ Berlin
~~Kammergericht~~

R. IX /
23

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

1 Js 1/64 (RSHA)

Vfg.

1. V e r m e r k :

Gegen den

Kriminaldirektor a.D. und früheren
SS-Sturmbannführer

Kurt L i n d o w ,

geboren am 16. Februar 1903 in Berlin,

wohnhaft in Regensburg, Aussiger Straße 45.

wurde vorliegendes Verfahren durch die Verfügung vom 15. Oktober 1964 eingeleitet, weil der Verdacht bestand, daß Lindow während seiner Tätigkeit im Referat IV A 1 des RSHA an Massentötungen ausgesonderter sowjetischer Kriegsgefangener im Rahmen der Einsatzbefehle 8, 9 und 14 in einem weiteren Umfang mitgewirkt hat, als ihn das Urteil des Schwurgerichts Frankfurt/M. vom 22. Dezember 1950 - 54 Ks 4.50 - festgestellt hat. Im vorbezeichneten Urteil wurde Lindow mangels Beweises rechtskräftig freigesprochen, soweit er angeklagt war, in den Jahren 1941 bis 1943 in Berlin und an anderen Orten Deutschlands an Aussonderungen und Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener mitgewirkt zu haben. Wenn davon ausgegangen wird, daß eine Mitwirkung am Erlass einzelner Exekutionsbefehle gegen

Pers.H.Lindow
Bl. 67ff;
BA Lindow
Bd. I, Bl.244ff

Bd. I, Bl.174ff

Bd. II, 1 ff

vgl. Einleitungs-
vermerk vom 15. Ok-
tober 1964, S. 8-9

Dok. O. IX, 194 d

Bd. IX, 143-145

ausgesonderte sowjetische Kriegsgefangene ohne eine gleichzeitige Mitbearbeitung der auf diesem Gebiet ergangenen allgemeinen Erlasse nicht als Handlungseinheit, sondern als eine Vielzahl selbständiger Handlungen im Sinne des § 74 StGB anzusehen ist (vgl. Einleitungsvermerk vom 15. Oktober 1964, S. 4-9), so erfaßte das Urteil des Schwurgerichts Frankfurt/M. nicht jene Exekutionen ausgesonderter sowjetischer Kriegsgefangener, die außerhalb der ehemaligen Grenzen des Deutschen Reiches begangen worden sind. Hierzu sind die Exekutionen in unmittelbarer Nähe von Kriegsgefangenenlagern östlich der früheren Grenzen des Deutschen Reiches und im seinerzeitigen Generalgouvernement (GG) zu rechnen, ferner die Teilnahme Lindows an der Tagung der Kriegsgefangenen-Sachbearbeiter beim KdS Lublin am 27. Januar 1943 als Vertreter des RSHA.

Ab 1. Oktober 1941 war Lindow dem Referat IV A 1 zur Einarbeitung zugeteilt mit dem Ziel, später dieses Referat zu übernehmen. Während der Einarbeitungszeit beschäftigte er sich mit dem gesamten Aktenumlauf in IV A 1 bei den verschiedenen Sachgebieten. Außerdem sichtete er die Ein- und Ausgänge beim Referatsleiters. Bei dieser Tätigkeit stieß er auf zahlreiche Tötungsvorgänge gegen polnische und sowjetische Kriegsgefangene, die vom Sachgebietsleiter IV A 1 c bearbeitet, abgezeichnet und dem Referatsleiter V o g t zur Abzeichnung und Weiterleitung an den Gruppenleiter IV A vorgelegt worden waren oder von auswärtigen Dienststellen (Wehrmacht und Stapostellen) eingingen, vom Referatsleiter abgezeichnet und an den Sachgebietsleiter IV A 1 c

Bd. IX, 144

weitergegeben wurden. Auf seine Fragen weithen V o g t , eventuell auch der damalige Sachgebietsleiter IV A l c , T h i e d e k e , ihn mündlich in die die Tötungen polnischer und sowjetischer Kriegsgefangener allgemein behandelnden Erlasse des RSHA ein, die er jedoch nach seinen Angaben persönlich nicht einsehen konnte, da es sich vorwiegend um "Geheime Reichssachen - GRs -" gehandelt hat.

Am 1. Juli 1942 übernahm L i n d o w die Leitung des Referates IV A l.

Von diesem Zeitpunkt an waren das Sachgebiet IV A l c - Kriegsgefangenenwesen - und der Beschuldigte K ö n i g s h a u s bis zum Juni 1943, als das Sachgebiet nach IV D 5 übernommen wurde, dem Referatsleiter IV A l nur in personeller und disziplinarischer Hinsicht unterstellt. Sachlich unterstand das Sachgebiet IV A l c unmittelbar dem Gruppenleiter IV A, P a n z i n g e r . Aus diesem Grunde zeichnete L i n d o w als Referatsleiter IV A l weder Eingänge noch Ausgänge für IV A l c.

vgl. Abschlußvermerk Teil A,
S. 218 - 222

Die Nichtunterstellung des Sachgebietsleiters K ö n i g s h a u s unter den Referatsleiter IV A l, L i n d o w , konnte erst im vorliegenden Verfahren durch die Aussagen der Zeuginnen M i c h l e r und B e c k sowie die Einlassung des Beschuldigten K ö n i g s h a u s geklärt werden. Damit entfällt ein wesentlicher Grund, der früher den Verdacht begründet hatte, daß Lindow in einem bisher nicht bekannten Umfang an den Aussonderungen und Exekutionen sowjetischer Kriegsgefangener mitgewirkt haben könnte.

BA Lindow:

Bd. I, Bl.248R,249

Anlagenbd. II,Bl.86;

Dok.O. A III, 77-78

EV Teil B, S.293

Durch die Aussagen der Zeugin B e c k ist bestätigt worden, daß L i n d o w in der Zeit vom 1. Oktober 1941 bis 30. Juni 1942 nicht als Vertreter des Referatsleiters IV A 1, V o g t , eingesetzt war. L i n d o w hat während dieser Zeit nicht verantwortlich mitgearbeitet, sondern war beim Referatsleiter IV A 1 nur informatorisch beschäftigt. Dadurch erhielt er zwar umfassende Kenntnis von den Aussonderungen und Exekutionen. Er leistete jedoch, wie ihm nicht zu widerlegen ist, keine diese Aktion fördernde oder sonstwie unterstützende Tätigkeit. Soweit sich etwa Gegenteiliges daraus hätte ergeben können, daß er ein Fernschreiben vom 29. Januar 1942 an die StapoLSt München unterzeichnet hatte mit der Anfrage, die StapoLSt München möge bestätigen, daß eine doppelte Überprüfung der Kriegsgefangenen nicht stattgefunden habe, hat bereits das Schwurgericht Frankfurt/M. eine strafbare Beihilfehandlung rechtskräftig verneint.

An Kriegsgefangenenentötungen außerhalb des ehemaligen Reichsgebietes in der Nähe von Kriegsgefangenenlagern kann L i n d o w aus zwei objektiven Gründen nicht mitgewirkt haben:

- a) Die EB 8 und 9 vom 17. und 21. Juli 1941 ließen zwar Exekutionen in der Nähe der Kriegsgefangenenlager zu. Noch vor seinem Dienstantritt im Referat IV A 1 verbot jedoch der Amtschef IV diese Exekutionen mit Erlaß vom 27. August 1941 - B.Nr. 21 B/41gRs IV A 1 c - und bestimmte, daß sie nur noch in den KL durchgeführt werden durften.

Dok.O. IX, 77-78

Dok.O. IX, 70,72

b) Soweit die Einsatzgruppen östlich des früheren GG in den besetzten Ostgebieten Kriegsgefangenenentötungen - auch in der Nähe von Kriegsgefangenenlagern - durchführten, erließen die Einsatzgruppenchefs die Exekutionsbefehle in eigener Zuständigkeit, ohne daß das RSHA daran noch beteiligt war, wie aus der Anlage I zum EB 14 vom 24. Oktober 1941 hervorgeht.

Es kämen demnach nur Aussonderungen und Exekutionen in Betracht, die nach dem 1. Oktober 1941 im GG in den dortigen KL, hauptsächlich im KL Auschwitz, auf Grund spezieller Exekutionsbefehle des RSHA - IV A 1 c - durchgeführt worden sind (vgl. EV S. 374 ff). Trotz intensiver Archivauswertungen und eingehender Zeugenvernehmungen, insbesondere der Schreibkräfte des Sachgebietes IV A 1 c des RSHA, D i r s c h l geb. Wolfert, B e c k , geb. Przilas, M i c h l e r , G ü n t h e r und A r n d t , konnten keine konkreten Anhaltspunkte dafür gefunden werden, daß L i n d o w an der Bearbeitung einschlägiger Erlasse und Exekutionsbefehle mitgewirkt hat.

Soweit L i n d o w von den Stapo-leitstellen eingehende Aussonderungslisten, die normalerweise in der Zeit nach dem 1. Juli 1942 über den Amtschef IV und den Gruppenleiter IV A unmittelbar dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s zum Entwurf der Exekutionsbefehle zugeleitet wurden, versehentlich und gelegentlich vorgelegt bekam und sofort an den Beschuldigten K ö n i g s h a u s

BA Lindow
Bd. I, Bl.251

vgl. EV Teil B,
S. 245, 250, 252

weitergeben ließ, indem er einen entsprechenden handschriftlichen Vermerk anbrachte, ist er, soweit es sich um Aussonderungen im ehemaligen Reichgebiet handelte, ebenfalls vom Schwurgericht Frankfurt/M. freigesprochen worden, weil das Gericht in der mechanischen Weitergabe von Vorgängen ohne eigene Bearbeitung keine strafbare Beihilfehandlung erkennen konnte. Dasselbe gilt für Exekutionsbefehle, die ihm - statt unmittelbar dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s - versehentlich vorgelegt worden sind, und die er an K ö n i g s h a u s weiterleitete, nachdem sie von der Fernschreibstelle des RSHA abgesandt worden waren.

Aus denselben Gründen wäre schon aus objektiven Gesichtspunkten eine strafbare Beihilfehandlung zu verneinen, falls dem Beschuldigten L i n d o w Erlaßentwürfe, Aussonderungsmeldungen oder Exekutionsbefehle für das Gebiet des GG versehentlich vorgelegt worden sein sollten.

vgl. EV. Teil B,
S. 111 - 143

Es liegen im übrigen keine konkreten Erkenntnisse dafür vor, daß L i n d o w an Erlassen, die die Vorbereitung der Neuordnung der Aussonderungen im GG betrafen, mitgearbeitet hätte. Ebenso fehlt jeder stichhaltige Hinweis, daß L i n d o w an den von dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s in seinem Vortrag beim KdS Lublin am 27. Januar 1943 angeführten Exekutionen von 3.217 sowjetischen Kriegsgefangenen auf dem Gebiet des GG im Jahre 1942 beteiligt gewesen ist.

Dok.O. IX, 194f
EV Teil B, S.188ff

Soweit L i n d o w an der Arbeitstagung der sicherheitspolizeilichen Einsatzkommandos in den Stalags des GG am 27. Januar 1943 beim KdS Lublin als Vertreter des RSHA teilgenommen hat, hat er ebenfalls nicht die Aussonderungsmaßnahmen im Sinne einer objektiven Beihilfehandlung gefördert. Das Protokoll der Arbeitstagung vom 28. Januar 1943 führt unter I 1) bis 3) und 5) bis 6) nur den Beschuldigten K ö n i g s h a u s als den Vertreter des RSHA an, der die Tagungsteilnehmer über die fortwährenden Aussonderungen unterrichtete, ihnen neue Weisungen gab und Einzelfragen erläuterte. Dagegen beschränkte sich L i n d o w - im Gegensatz zu dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s - in seinem Vortrag (vgl. unter II des Tagungsprotokolls) "auf neue Gesichtspunkte, die im Hinblick auf die im Reiche dringend benötigten Arbeitskräfte künftig bei der Überprüfung sowjetischer Kriegsgefangener zu beachten seien, und ... auf den inneren Aufbau der Sowjetunion ...". Zwar knüpfte L i n d o w in seinen Ausführungen an die vom Beschuldigten K ö n i g s h a u s vorgetragenen Aussonderungsbestimmungen an, fügte diesen jedoch nichts hinzu, was als eine Einflußnahme auf die Überprüfungen in den Stalags hätte aufgefaßt werden können, sondern betonte im Gegenteil die Notwendigkeit, die Aussonderungen aus Gründen des Arbeitskräftemangels möglichst einzuschränken. Als Leitmotiv stellte L i n d o w die Forderung heraus, "dem Reich möglichst viele Arbeitskräfte zu erhalten".

Demnach reicht das Ergebnis der Ermittlungen nicht aus, den im Einleitungsvermerk vom 15. Oktober 1964 angenommenen, über die Feststellungen des freisprechenden Urteils des Schwurgerichts Frankfurt/M. vom 22. Dezember 1950 hinausgehenden Verdacht einer strafbaren Teilnahme des früheren Referatsleiters IV A 1 des RSHA, L i n d o w , zu bestätigen.

Bd. XIII, 52

Hinsichtlich der im Sachgebiet IV A 1 c bearbeiteten Sonderbehandlungsfälle gegen polnische Kriegsgefangene wegen verbotenen Umgangs mit deutschen Frauen lief gegen den Beschuldigten L i n d o w das Verfahren 1 Js 5.65 (RSHA), das durch Verfügung vom 9. Oktober 1969 mit vorliegendem Verfahren verbunden worden ist. Lindow bestreitet, als Referatsleiter IV A 1 derartige Vorgänge mitbearbeitet und mitgezeichnet zu haben. Er gibt hierzu an, auch die Vorgänge gegen polnische Kriegsgefangene seien von seiner Mitzeichnung ausgenommen gewesen, da sie zum Sachgebiet IV A 1 c gehört hätten, das ab 1. Juli 1942 in seinem vollen sachlichen Umfang nicht ihm, sondern direkt dem Gruppenleiter IV A, P a n z i n g e r , unterstellt gewesen sei.

Diese Angaben sind von dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s und den Zeuginnen M i c h l e r und B e c k ebenfalls bestätigt worden. Entgegenstehende Aussagen oder Dokumente, aus denen Gegenteiliges entnommen werden könnte, liegen nicht vor.

Das Verfahren gegen den Beschuldigten L i n d o w ist deshalb gemäß § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO einzustellen.

2. Das Verfahren gegen den Beschuldigten

Kurt L i n d o w

wird aus den Gründen des Vermerks zu 1.)
gemäß § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO eingestellt.

3. bis 11. pp.

Berlin 21, den 23. Februar 1971

Hauswald

Erster Staatsanwalt

Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht

157 25. FEB. 1971

2X - 7. MRZ. 1972

1 Js 1/64 (RSHA)

Vfg.

1. V e r m e r k :

Gegen den

Kriminaldirektor a.D. und früheren
SS-Sturmbannführer

Kurt L i n d o w ,

geboren am 16. Februar 1903 in Berlin,
wohnhaft in Regensburg, Aussiger Straße 45,

Pers.H.Lindow
Bl. 67ff;
BA Lindow
Bd. I, Bl.244ff

Bd. I, Bl.174ff

wurde vorliegendes Verfahren durch die Verfügung vom 15. Oktober 1964 eingeleitet, weil der Verdacht bestand, daß Lindow während seiner Tätigkeit im Referat IV A 1 des RSHA an Massentötungen ausgesonderter sowjetischer Kriegsgefangener im Rahmen der Einsatzbefehle 8, 9 und 14 in einem weiteren Umfang mitgewirkt hat, als ihn das Urteil des Schwurgerichts Frankfurt/M. vom 22. Dezember 1950 - 54 Ks 4.50 - festgestellt hat. Im vorbezeichneten Urteil wurde Lindow mangels Beweises rechtskräftig freigesprochen, soweit er angeklagt war, in den Jahren 1941 bis 1943 in Berlin und an anderen Orten Deutschlands an Aussonderungen und Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener mitgewirkt zu haben. Wenn davon ausgegangen wird, daß eine Mitwirkung am Erlaß einzelner Exekutionsbefehle gegen

1 7a 1\64 (RSHA)

Vfz.

1. V e r m e r k :

Gegen den

22-Sturmabteilführer
Kriminaldirektor a.D. und früheren

Kurt Lindow,

geboren am 16. Februar 1903 in Berlin,
wohnhaft in Regensburg, Amsaler Straße 42,

wurde vorliegendes Verfahren durch die Verfü-
gung vom 15. Oktober 1964 eingeleitet, weil
der Verdacht bestand, daß Lindow während sei-
ner Tätigkeit im Referat IV A 1 des RSHA an
Massenstörungen ausgedehnter sowjetischer
Kriegsgefangener im Rahmen der Einsatzbefehle
8, 9 und 14 in einem weiteren Umfang mitge-
wirkt hat, als ihn das Urteil des Schwurgerichts
Frankfurt/M. vom 22. Dezember 1950
- 54 Ka 4.50 - feststellt hat. Im vorbe-
zeichneten Urteil wurde Lindow mangels Beweises
rechtskräftig freigesprochen, soweit er ange-
klagt war, in den Jahren 1941 bis 1943 in Ber-
lin und an anderen Orten Deutschlands an Aus-
sondierungen und Massenstörungen sowjetischer
Kriegsgefangener mitgewirkt zu haben. Wenn
davon ausgegangen wird, daß eine Mitwirkung am
Erlaß einzelner Exekutionsbefehle gegen

Pers.H.Lindow
Bl. 67ff;
BA Lindow
Bd. I, Bl. 244ff

Bd. I, Bl. 174ff

Dok.O. IX, 194d

ergänzte, umgestaltete oder durch neue ersetzte. Ferner wird seine Stellung dadurch gekennzeichnet, daß er die Exekutionsbefehle bzw. Sonderbehandlungsbefehle selbst entwarf und der einzige Beamte des RSHA war, der das gesamte Kriegsgefangenenwesen in seiner Hand vereinigte. Er war praktisch der "sicherheitspolizeiliche Sachverständige" des RSHA auf diesem Gebiet. Deshalb hielt er auch den einschlägigen Vortrag bei der Arbeitstagung in Lublin am 27. Januar 1943. Von diesem Standpunkt aus betrachtet leitete er das Sachgebiet IV A 1 c in einer Sonderstellung, die dem eines Referatsleiters funktionell gleichzustellen ist.

Dem ist noch hinzuzufügen, daß die Bedeutung seiner Stellung innerhalb der Hierarchie des RSHA nicht von seinen Dienstgraden (Polizeiobersinspektor und SS-Hauptsturmführer, ab Februar 1944 Regierungsamtmann) abgeleitet werden kann, sondern allein von seiner geleisteten Arbeit und von den ihm übertragenen Aufgaben. Wenn er demzufolge für den Entwurf zahlreicher Erlasse auf einem ihm ausschließlich übertragenen Gebiet und ihrer Ausführung (Exekutionsbefehle) eingesetzt war, dann stand er innerhalb des RSHA nicht auf der untersten Stufe eines Sachbearbeiters, wie das Landgericht⁽¹⁾ es in Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse des RSHA formulierte, sondern er befand sich an dritter Stelle innerhalb der nur vom Gruppen-

Bd. XIII, 94

(1) Beschluß des LG Berlin v. 16.12.1969, S.7
- 508 Qs 81/69, Bd.XIII, Bl. 94

Bd. II, 1 ff

vgl. Einleitungs-
vermerk vom 15. Ok-
tober 1964, S. 8-9

Dok. O. IX, 194 d

Bd. IX, 143-145

ausgesonderte sowjetische Kriegsgefangene ohne eine gleichzeitige Mitbearbeitung der auf diesem Gebiet ergangenen allgemeinen Erlasse nicht als Handlungseinheit, sondern als eine Vielzahl selbständiger Handlungen im Sinne des § 74 StGB anzusehen ist (vgl. Einleitungsvermerk vom 15. Oktober 1964, S. 4-9), so erfaßte das Urteil des Schwurgerichts Frankfurt/M. nicht jene Exekutionen ausgesonderter sowjetischer Kriegsgefangener, die außerhalb der ehemaligen Grenzen des Deutschen Reiches begangen worden sind. Hierzu sind die Exekutionen in unmittelbarer Nähe von Kriegsgefangenenlagern östlich der früheren Grenzen des Deutschen Reiches und im seinerzeitigen Generalgouvernement (GG) zu rechnen, ferner die Teilnahme Lindows an der Tagung der Kriegsgefangenen-Sachbearbeiter beim KdS Lublin am 27. Januar 1943 als Vertreter des RSHA.

Ab 1. Oktober 1941 war Lindow dem Referat IV A 1 zur Einarbeitung zugeteilt mit dem Ziel, später dieses Referat zu übernehmen. Während der Einarbeitungszeit beschäftigte er sich mit dem gesamten Aktenumlauf in IV A 1 bei den verschiedenen Sachgebieten. Außerdem sichtete er die Ein- und Ausgänge ^{beim} ~~beim~~ Referatsleiters. Bei dieser Tätigkeit stieß er auf zahlreiche Tötungsvorgänge gegen polnische und sowjetische Kriegsgefangene, die vom Sachgebietsleiter IV A 1 c bearbeitet, abgezeichnet und dem Referatsleiter V o g t zur Abzeichnung und Weiterleitung an den Gruppenleiter IV A vorgelegt worden waren oder von auswärtigen Dienststellen (Wehrmacht und Stapostellen) eingingen, vom Referatsleiter abgezeichnet und an den Sachgebietsleiter IV A 1 c

ausgesonderte sowjetische Kriegesfangene ohne eine gleichzeitige Mitbearbeitung der auf diesem Gebiet ergangenen allgemeinen Erlasse nicht als Handlungseinheit, sondern als eine Vielzahl selbständiger Handlungen im Sinne des § 74 StGB anzusehen ist (vgl. Einleitungs- vermerk vom 15. Oktober 1964, S. 4-9), so er- fasste das Urteil des Schwurgerichts Frankfurt/M. nicht jene Exekutionen ausgesondelter sowjeti- scher Kriegesfangener, die außerhalb der ehe- maligen Grenzen des Deutschen Reiches begangen worden sind. Hierzu sind die Exekutionen in unmittelbarer Nähe von Kriegesfangenenlagern östlich der früheren Grenzen des Deutschen Reiches und im seinerzeitigen Generalgouverne- ment (GG) zu rechnen, ferner die Teilnahme- lindows an der Tötung der Kriegesfangenen- Sachbearbeiter beim KdS Lublin am 27. Januar 1943 als Vertreter des RSHA.

Ab 1. Oktober 1941 war Lindow dem Referat IV A 1 zur Einarbeitung zugeteilt mit dem Ziel, später dieses Referat zu übernehmen. Während der Einarbeitungszeit beschäftigte er sich mit dem gesamten Aktenumlauf in IV A 1 bei den verschiedenen Sachgebieten. Außerdem richtete er die Ein- und Ausgänge beim Refe- ratsteleiter. Bei dieser Tätigkeit stieß er auf zahlreiche Tötungsvorgänge gegen polnische und sowjetische Kriegesfangene, die vom Sachgebietsteiter IV A 1 c bearbeitet, abge- zeichnet und dem Referatsteiter V o g t zur Abzeichnung und Weiterleitung an den Gruppen- leiter IV A vorgelegt worden waren oder von auswärtigen Dienststellen (Wehrmacht und Stapo- stellen) eingingen, vom Referatsteiter abge- zeichnet und an den Sachgebietsteiter IV A 1 c

Bd. II, I ff

vgl. Einleitungs-
vermerk vom 15. Ok-
tober 1964, S. 8-9

Dok. O. IX, 194 d

Bd. IX, 143-145

G ü n t h e r :

Dok.O.IX, 193;
Bd.IV, 128;
Bd.XII, 112

Dok.O.IX, 202
Bd.XII, 113

Dok.O. X, 71
Bd.XII, 114

Dok.O.IX, 205a;
Bd.XII, 114

Dok.O. X, 19

Dok.O. X, 55

Dok.O.IX, 206

Dok.O. X, 23
Bd.XII, 97

Dok.O. IX, 180
Bd.XII, 97

Dok.O.IX, 185;
Bd.XII, 97, 140

Dok.O.IX, 190;
Bd.XII, 122, 132

Dok.O. X, 14

Dok.O. X 32

Dok.O. X, 36

18.Januar 1943 -IV A 1 c 167/43 -

6.Mai 1943 -IV A 1 c 2848/43g-

27.Juli 1943 -IV D 5 d 8159/43 -

9.November 1943 -IV D 5 d 8402/43-

Zu den Erlassen vom

3.August 1942 - IV A 1 c 2922/42g-

16.April 1943 - IV A 1 c 1130/43 -

2.März 1944 - IV D 5 d 61/44gRs-

ist Frau Günther noch eingehend zu
vernehmen.

M i c h l e r :

11.Sept.1942 -IV A 1 c 9195/42 -

12.Sept.1942 -IV A 1 c 9587/42 -

3.Dez. 1942 -IV A 1 c 430/42 gRs-

28.Dez. 1942 -IV A 1 c 807/42g-

Zu den Erlassen vom

6.Juli 1942 -IV A 1 c B.Nr.8655/42-

29.Dez. 1942 -IV A 1 c 10063/42 und

9.Januar 1943 -IV A 1 c 2026/43g-

mißte Frau Michler noch gehört werden,
falls dies für erforderlich gehalten
werden sollte.

Außer dem von den Schreibkräften
wahrgenommenen Eindruck, den der
Beschuldigte während des Dienstes
persönlich auf sie machte (vgl.
Teil A Seiten 25-27), enthalten

Bd. IX, 144

weitergegeben wurden. Auf seine Fragen weihten V o g t , eventuell auch der damalige Sachgebietsleiter IV A l c , T h i e d e k e , ihn mündlich in die ~~die~~ Tötungen polnischer und sowjetischer Kriegsgefangener allgemein behandelnden Erlasse des RSHA ein, die er jedoch nach seinen Angaben persönlich nicht einsehen könnte, da es sich vorwiegend um "Geheime Reichssachen - GRs -" gehandelt hat.

Am 1. Juli 1942 übernahm L i n d o w die Leitung des Referates IV A l.

Von diesem Zeitpunkt an waren das Sachgebiet IV A l c - Kriegsgefangenenwesen - und der Beschuldigte K ö n i g s h a u s bis zum Juni 1943, als das Sachgebiet nach IV D 5 übernommen wurde, dem Referatsleiter IV A l nur in personeller und disziplinarischer Hinsicht unterstellt. Sachlich unterstand das Sachgebiet IV A l c unmittelbar dem Gruppenleiter IV A, P a n z i n g e r , Aus diesem Grunde zeichnete L i n d o w als Referatsleiter IV A l weder Eingänge noch Ausgänge für IV A l c.

vgl. Abschlußvermerk Teil A,
S. 218 - 222

Die Nichtunterstellung des Sachgebietsleiters K ö n i g s h a u s unter den Referatsleiter IV A l, L i n d o w , konnte erst im vorliegenden Verfahren durch die Aussagen der Zeuginnen M i c h l e r und B e c k sowie die Einlassung des Beschuldigten K ö n i g s h a u s geklärt werden. Damit entfällt ein wesentlicher Grund, der früher den Verdacht begründet hatte, daß Lindow in einem bisher nicht bekannten Umfang an den Aussonderungen und Exekutionen sowjetischer Kriegsgefangener mitgewirkt haben könnte.

weitergegeben wurden. Auf seine Fragen weichen
V o g t , eventuell auch der damalige Sachge-
bietsleiter IV A 1 c , T h i e d e k e , ihm
mündlich in die die Tötungen polnischer und
sowjetischer Kriegsgefangener allgemein be-
handelnden Erlasse des RSHA ein, die er je-
doch nach seinen Angaben persönlich nicht
einsehen konnte, da es sich vorwiegend um
"Geheime Reichssachen - Gra -" gehandelt hat.

Bd. IX, 144

Am 1. Juli 1942 übernahm L i n d o w die
Leitung des Referates IV A 1.

Von diesem Zeitpunkt an waren das Sachge-
biet IV A 1 c - Kriegsgefangenenwesen - und
der Beschuldigte K ö n i g s h a u s bis zum
Juni 1943, als das Sachgebiet nach IV D 5 über-
nommen wurde, dem Referatsleiter IV A 1 nur in
personeller und disziplinarischer Hinsicht
unterstellt. Sachlich unterstand das Sachgebiet
IV A 1 c unmittelbar dem Gruppenleiter IV A,
P a n z i n g e r . Aus diesem Grunde zeich-
nete L i n d o w als Referatsleiter IV A 1
weder Einträge noch Ausgänge für IV A 1 c.

Die Nichtunterstellung des Sachgebietsleiters
K ö n i g s h a u s unter den Referats-
leiter IV A 1, L i n d o w , konnte erst
im vorliegenden Verfahren durch die Aussagen
der Zeuginnen M i c h e l e r und B e c k
sowie die Einlassung des Beschuldigten
K ö n i g s h a u s geklärt werden. Damit ent-
fällt ein wesentlicher Grund, der früher den
Verdacht begründet hatte, daß Lindow in einem
bisher nicht bekannten Umfang an den Aussonde-
rungen und Exekutionen sowjetischer Kriegsge-
fangener mitgewirkt haben könnte.

-Vgl. Abschlußver-

merk Teil A,

S. 218 - 222

etwa mindestens 4.000 exekutierten sowjetischen Kriegsgefangenen ermittelt. Ein großer Teil von ihnen wurde ab Herbst 1941 bis zum Dienstantritt des Beschuldigten in dem zu einer Genickschussanlage (nachdem Vorbild des KZ Sachsenhausen) umgebauten Pferdestall liquidiert. Die Opferzahl von etwa 6.000 ermittelte der Zeuge, Professor Kogon, in Zusammenarbeit mit anderen Häftlingen und den amerikanischen Ermittlungsbehörden. Sie wird indirekt von dem Zeugen Bleicher bestätigt, dem es gelang, zusammen mit anderen Häftlingen die Ausweispapiere und sonstigen Personaldokumente, die den sowjetischen Kriegsgefangenen vor ihrer Erschießung im "Pferdestall" abgenommen worden waren, in der Effektenverwaltung zu sammeln und zu verstecken. Nach seinen letzten Angaben handelte es sich um mehrere tausend Pässe und andere Personalspapiere.

Bd. X, 54

Bd. XXII, 25, 26

f) KZ Auschwitz

Über die systematischen Tötungen aussondierter sowjetischer Kriegsgefangener im KZ Auschwitz haben sich bis heute keine exakten Zahlen ermitteln lassen, da das vorhandene Urkundematerial die vom RSHA angeordneten Exekutionen aussondierter Kriegsgefangener nicht von den

BA Lindow:

Bd. I, Bl.248R,249

Anlagenbd. II,Bl.86;

Dok.O. A III, 77-78

EV Teil B, S.293

Durch die Aussagen der Zeugin B e c k ist bestätigt worden, daß L i n d o w in der Zeit vom 1. Oktober 1941 bis 30. Juni 1942 nicht als Vertreter des Referatsleiters IV A 1, V o g t , eingesetzt war. L i n d o w hat während dieser Zeit nicht verantwortlich mitgearbeitet, sondern war beim Referatsleiter IV A 1 nur informatorisch beschäftigt. Dadurch erhielt er zwar umfassende Kenntnis von den Aussonderungen und Exekutionen. Er leistete jedoch, wie ihm nicht zu widerlegen ist, keine, diese Aktion fördernde oder sonstwie unterstützende Tätigkeit. Soweit sich etwa Gegenteiliges daraus hätte ergeben können, daß er ein Fernschreiben vom 29. Januar 1942 an die StapoLSt München unterzeichnet hatte mit der Anfrage, die StapoLSt München möge bestätigen, daß eine doppelte Überprüfung der Kriegsgefangenen nicht stattgefunden habe, hat bereits das Schwurgericht Frankfurt/M. eine strafbare Beihilfehandlung rechtskräftig verneint.

An Kriegsgefangenenentötungen außerhalb des ehemaligen Reichsgebietes in der Nähe von Kriegsgefangenenlagern kann L i n d o w aus zwei objektiven Gründen nicht mitgewirkt haben:

- a) Die EB 8 und 9 vom 17. und 21. Juli 1941 ließen zwar Exekutionen in der Nähe der Kriegsgefangenenlager zu. Noch vor seinem Dienstantritt im Referat IV A 1 verbot jedoch der Amtschef IV diese Exekutionen mit Erlaß vom 27. August 1941 - B.Nr. 21 B/41gRs IV A 1 c - und bestimmte, daß sie nur noch in den KL durchgeführt werden durften.

, Dok.O. IX, 88-78

Durch die Aussagen der Zeugin B e c k l a t
bestätigt worden, daß I i n d o w in der
Zeit vom 1. Oktober 1941 bis 30. Juni 1942
nicht als Vertreter des Referats IV A 1,
V o g t, eingesetzt war. I i n d o w hat
während dieser Zeit nicht verantwortlich mit-
gearbeitet, sondern war beim Referatsleiter
IV A 1 nur informatorisch beschäftigt. Dadurch
erhielt er zwar umfassende Kenntnisse von den
Ansonderungen und Exekutionen. Er leistete
jedoch, wie ihm nicht zu widerlegen ist, keine
diese Aktion fördernde oder sonstige unter-
stützende Tätigkeit. Soweit sich etwas gegen-
teiliges daraus hätte ergeben können, daß er
ein Fernschreiben vom 29. Januar 1942 an die
StapoSt München unterzeichnet hatte mit der
Anfrage, die StapoSt München möge bestätigen,
daß eine doppelte Überprüfung der Kriegege-
fangenen nicht stattgefunden habe, hat bereits
das Schwurgericht Frankfurt/M. eine strafbare
Beihilfehandlung rechtskräftig verurteilt.

An Kriegegefangenenenttötungen außerhalb des
ehemaligen Reichsgebietes in der Nähe von
Kriegegefangenenlagern kann I i n d o w aus
zwei objektiven Gründen nicht mitgewirkt
haben:

a) Die BB 8 und 9 vom 17. und 21. Juli 1941
ließen zwar Exekutionen in der Nähe der
Kriegegefangenenlager zu. Noch vor sei-
nem Dienstantritt im Referat IV A 1 ver-
bot jedoch der Amtschef IV diese Exe-
kutionen mit Erlaß vom 27. August 1941
- B.Nr. 21 B/418a IV A 1 c - und be-
stimmte, daß sie nur noch in den KI
durchgeführt werden dürfen.

BA Lindow:
Bd. I, Bl. 248R, 249
Anlagenbd. II, Bl. 86;
Dok.O. A III, 77-78
EV Teil B, S. 293

Dok.O. IX, 77-78

Dok.O. IX, 70,72

- b) Soweit die Einsatzgruppen östlich des früheren GG in dem besetzten Ostgebieten Kriegsgefangenenentötungen - auch in der Nähe von Kriegsgefangenenlagern - durchführten, erließen die Einsatzgruppenchefs die Exekutionsbefehle in eigener Zuständigkeit, ohne daß das RSHA daran noch beteiligt war, wie aus der Anlage I zum EB 14 vom 24. Oktober 1941 hervorgeht.

Es kämen demnach nur Aussonderungen und Exekutionen in Betracht, die nach dem 1. Oktober 1941 im GG in den dortigen KL, hauptsächlich im KL Auschwitz, auf Grund spezieller Exekutionsbefehle des RSHA - IV A 1 c - durchgeführt worden sind (vgl. EV S. 374 ff). Trotz intensiver Archivauswertungen und eingehender Zeugenvernehmungen, insbesondere der Schreibkräfte des Sachgebietes IV A 1 c des RSHA, ^{Beitrag} ~~Dirschl~~ geb. Wolfert, ~~geb. P. Beck~~, ~~geb. P. Beck~~, Michler, Günther und Arndt, konnten keine konkreten Anhaltspunkte dafür gefunden werden, daß Lindow an der Bearbeitung einschlägiger Erlasse und Exekutionsbefehle mitgewirkt hat.

Soweit Lindow von den Stapo-leitstellen eingehende Aussonderungslisten, die normalerweise in der Zeit nach dem 1. ~~Juli~~ 1942 über den Amtschef IV und den Gruppenleiter IV A unmittelbar dem Beschuldigten Königshaus zum Entwurf der Exekutionsbefehle zugeleitet wurden, versehentlich und gelegentlich vorgelegt bekam und sofort an den Beschuldigten Königshaus

Dok.O. IX, 70,72

d) Soweit die Einsatzgruppen östlich des
früheren GG in den besetzten Ostgebieten
Kriegsgefangenenstützen - auch in der
Nähe von Kriegsgefangenenlagern -
durchführten, erließen die Einsatz-
gruppenbefehle die Exekutionen in
eigener Zuständigkeit, ohne daß das
RSHA daran noch beteiligt war, wie aus
der Anlage I zum BB 14 vom 24. Okto-
ber 1941 hervorgeht.

Es kämen demnach nur Aussonderungen und
Exekutionen in Betracht, die nach dem
1. Oktober 1941 im GG in den dortigen KL,
hauptsächlich im KL Auschwitz, auf Grund
spezifischer Exekutionenbefehle des RSHA
- IV A 1 c - durchgeführt worden sind
(vgl. BB 2. 374 ff.). Trotz intensiver Archiv-
auswertungen und eingehender Zeugenverneh-
mungen, insbesondere der Schriftstücke des
Sachgebietes IV A 1 c des RSHA, Dr. A. C. H.
geb. Wolffert, B. C. K., geb. Prill, Dr. A. C. H.
M. C. H. er, G. U. n. t. h. er und A. r. n. d. t.
konnten keine konkreten Anhaltspunkte dafür
gefunden werden, daß I. i. n. d. o. w. an der
Bearbeitung einschlägiger Erlasse und Exe-
kutionenbefehle mitgewirkt hat.

Soweit I. i. n. d. o. w. von den Stapo-Leit-
stellen eingehende Aussonderungslisten, die
normalerweise in der Zeit nach dem 1. Juli 1942
über den Amtschef IV und den Gruppenleiter
IV A unmittelbar dem Beschuldigten K. ö. -
n. i. g. a. u. a. zum Entwurf der Exekutions-
befehle zugeleitet wurden, versehentlich und
gelegentlich vorgelegt bekam und sofort an
den Beschuldigten K. ö. n. i. g. a. u. a.

Bd. XII, 105-106

"Auch ich hatte u.a. Geheimsachen und Geheime Reichssachen für Königshaus im Diktat entgegenzunehmen und im Konzept oder als Reinschrift zu fertigen. In diesen Fällen übergab mir Königshaus nach dem Diktat offen den Geheim-Vorgang bzw. die Geheimen Reichssachen, die ich offen so lange unter den übergebenen Vorgängen aufbewahrte, bis ich sie im Konzept bzw. in der Reinschrift gefertigt und Herrn Königshaus zurückgereicht hatte. Die Geheimen Reichssachen diktierte mir Königshaus nicht einzeln oder getrennt von den übrigen offenen Vorgängen, sondern gab mir diese Diktate im Zuge der täglich üblichen Diktatstunden zusammen mit offenen Vorgängen. Er hatte die Vorgänge jeweils vorher durchgearbeitet, rief mich dann zum Diktat und diktierte mir der Reihenfolge nach, wie er sie bearbeitet hatte, die jeweiligen Konzepte ohne Unterschied auf ihren Geheimhaltungsvorgang und ihren Inhalt neutraler oder schwerwiegender, d.h. Exekutionen oder KL-Überstellungen betreffender Art. Königshaus hatte die Diktate nicht schriftlich aufgezeichnet oder in Stichpunkten niedergelegt, sondern diktierte sie stets völlig frei anhand des jeweiligen Vorgangs. Das tat er insbesondere auch bei Exekutionsanordnungen oder KL-Überstellungen.

Gleichzeitig mit dem Diktat glaube ich von Königshaus auch den Zeichnungsweg diktiert erhalten zu haben, ich weiß das aber nicht mehr 100%ig. Ich meine, daß Königshaus am Eingang des Diktats diktierte, wer der Sachbearbeiter war und wer nach dem Sachbearbeiter das Konzept zu zeichnen hatte. Dementsprechend mußte ich das Konzept oben links oder oben rechts mit einer Spalte versehen:

Sachbearbeiter Königshaus, Gruppenleiter Panzinger, Amtschef IV,

in gewissen Fällen auch Chef der Sicherheitspolizei und des SD Kaltenbrunner."

BA Lindow
Bd. I, Bl.251

vgl. EV Teil B,
S. 245, 250, 252

weitergeben ließ, indem er einen entsprechenden handschriftlichen Vermerk anbrachte, ist er, soweit es sich um Aussonderungen im ehemaligen Reichgebiet handelte, ebenfalls vom Schwurgericht Frankfurt/M. freigesprochen worden, weil das Gericht in der mechanischen Weitergabe von Vorgängen ohne eigene Bearbeitung keine strafbare Beihilfehandlung erkennen konnte. Dasselbe gilt für Exekutionsbefehle, die ihm - statt unmittelbar dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s - versehentlich vorgelegt worden sind, und die er an K ö n i g s h a u s weiterleitete, nachdem sie von der Fernschreibstelle des RSHA abgesandt worden waren.

~~Aus denselben~~ Gründen wäre schon aus objektiven Gesichtspunkten eine strafbare Beihilfehandlung zu verneinen, falls dem Beschuldigten L i n d o w Erlaßentwürfe, Aussonderungsmeldungen oder Exekutionsbefehle für das Gebiet des GG versehentlich vorgelegt worden sein sollten.

vgl. EV. Teil B,
S. 111 - 143

Es liegen im übrigen keine konkreten Erkenntnisse dafür vor, daß L i n d o w an Erlassen, die die Vorbereitung der Neuordnung der Aussonderungen im GG betrafen, mitgearbeitet hätte. Ebenso fehlt jeder stichhaltige Hinweis, daß L i n d o w an den von dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s in seinem Vortrag beim KdS Lublin am 27. Januar 1943 angeführten Exekutionen von 3.217 sowjetischen Kriegsgefangenen auf dem Gebiet des GG im Jahre 1942 beteiligt gewesen ist.

weitergegeben ließ, indem er einen entsprechenden
den handschriftlichen Vermerk andrachte, ist
er, soweit es sich um Änderungen im ebe-
maligen Reichgebiet handelte, ebenfalls vom
Schwurgericht Frankfurt/M. freigesprochen
worden, weil das Gericht in der mechanischen
Weitergabe von Vorgängen ohne eigene Bearbei-
tung keine strafbare Beihilfehandlung erken-
nen konnte. Dasselbe gilt für Exekutionabe-
fehle, die ihm - statt unmittelbar dem Be-
schuldigten K ö n i g s a u s - verse-
hentlich vorgelegt worden sind, und die er
an K ö n i g s a u s weiterleitete, nach-
dem sie von der Fernschreibstelle des RSHA
abgesandt worden waren.

Aus denselben Gründen wäre schon aus ob-
jektiven Gesichtspunkten eine strafbare
Beihilfehandlung zu verneinen, falls dem
Beschuldigten I n d o w Erlaubnisse
Änderungsmeldungen oder Exekutionabe-
fehle für das Gebiet des GG versehentlich
vorgelegt worden sein sollten.

Es liegen im übrigen keine konkreten Er-
kenntnisse dafür vor, daß I n d o w an
Erlassen, die die Vorbereitung der Nord-
ung der Änderungen im GG betrafen, mitge-
arbeitet hätte. Ebenso fehlt jeder stich-
haltige Hinweis, daß I n d o w an den
von dem Beschuldigten K ö n i g s a u s
in seinem Vortrag beim KdS Lublin am
27. Januar 1943 angeführten Exekutionen von
3.217 sowjetischen Kriegsgefangenen auf dem
Gebiet des GG im Jahre 1942 beteiligt gewesen
ist.

BA Lindow
Bd. I, Bl. 251

vgl. EV Teil B,
S. 245, 250, 252

vgl. EV Teil B,
S. 111 - 143

*diese Fe-ke
bitte etwas mehr
oben rücken!*

Arbeiten

- 7 -

lungsanordnungen gegen polnische Kriegs-
gefangene wegen verbotenen GV beteiligt gewe-
sen ist. 7 -

Dok.O. IX, 194f
EV Teil B, S.188ff

Soweit L i n d o w an der Arbeitstagung der sicherheitspolizeilichen Einsatzkommandos in den Stalags des GG am 27. Januar 1943 beim KdS Lublin als Vertreter des RSHA teilgenommen hat, hat er ebenfalls nicht die Aussonderungsmaßnahmen im Sinne einer objektiven Beihilfehandlung gefördert. Das Protokoll der Arbeitstagung vom 28. Januar 1943 führt unter I 1) bis 3) und 5) bis 6) nur den Beschuldigten K ö n i g s h a u s als den Vertreter des RSHA an, der die Tagungsteilnehmer über die fortwährenden Aussonderungen unterrichtete, ihnen neue Weisungen gab und Einzelfragen erläuterte. Dagegen beschränkte sich L i n d o w - im Gegensatz ~~den~~ dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s - in seinem Vortrag (vgl. unter II des Tagungsprotokolls) "auf neue Gesichtspunkte, die im Hinblick auf die im Reich dringend benötigten Arbeitskräfte künftig bei der Überprüfung sowjetischer Kriegsgefangener zu beachten seien, und ... auf den inneren Aufbau der Sowjetunion ...". Zwar knüpfte L i n d o w in seinen Ausführungen an die vom Beschuldigten K ö n i g s h a u s vorgetragenen Aussonderungsbestimmungen an, fügte diesen jedoch nichts hinzu, was als eine Einflußnahme auf die Überprüfungen in den Stalags hätte aufgefaßt werden können, sondern betonte im Gegenteil die Notwendigkeit, die Aussonderungen aus Gründen des Arbeitskräftemangels möglichst einzuschränken. Als Leitmotiv stellte L i n d o w die Forderung heraus, "dem Reich möglichst viele Arbeitskräfte zu erhalten".

- 8 -

Dok.O. IX, 1941
EV Teil B, 2.188ff

- 7 -

zu erhalten".
"dem Reich möglichst viele Arbeitskräfte
stellte I i n d o w die Forderung heraus,
möglichst einzuschränken. Als Leitmotiv
derrungen aus Gründen des Arbeitskräftemangels
im Gegenteil die Notwendigkeit, die Ausson-
derung aufzuheben, sondern betonte
Einsparung auf die Überprüfungen in den Stalags
diesen jedoch nichts hinzu, was als eine Ein-
tragung Aussonderungsbestimmungen an, fügte
vom Beschuligten K ö n i g s a u s a vorge-
I i n d o w in seinen Ausführungen an die
Aufbau der Sowjetunion ...". Zwar knüpfte
beschten seien, und ... auf den inneren
prüfung sowjetischer Kriegesgefangener zu
tigten Arbeitskräfte künftige bei der Über-
im Hinblick auf die im Reich dringend benö-
protokolla) "auf neue Gesichtspunkte, die
seinem Vortrag (vgl. unter II des Tagungs-
Beschuligten K ö n i g s a u s - in
sich I i n d o w - im Gegensatz zu dem
Einsparungen erläuterte. Dagegen beschränkte
unterrichtete, ihnen neue Weisungen gab und
nehmer über die fortwährenden Aussonderungen
Vertreter des RSHA an, der die Tagungsteil-
schuligten K ö n i g s a u s als den
unter I 1) bis 3) und 5) bis 6) nur den Be-
der Arbeitssatzung vom 28. Januar 1943 führt
Beihilfebehandlung gefördert. Das Protokoll
men hat, hat er ebenfalls nicht die Ausson-
KdS Lublin als Vertreter des RSHA teilgenom-
in den Stalags des GG am 27. Januar 1943 beim
der sicherheitspolizeilichen Einsatzkommandos
Soweit I i n d o w an der Arbeitssatzung

Demnach reicht das Ergebnis der Ermittlungen nicht aus, den im Einleitungsvermerk vom 15. 15. Oktober 1964 angenommenen, über die Feststellungen des freisprechenden Urteils des Schwurgerichts Frankfurt/M. vom 22. Dezember 1950 hinausgehenden Verdacht einer strafbaren Teilnahme des früheren Referatsleiters IV A 1 des RSHA, L i n d o w , zu bestätigen.

Bd. XIII, 52

Hinsichtlich der im Sachgebiet IV A 1 c bearbeiteten Sonderbehandlungsfälle gegen polnische Kriegsgefangene wegen verbotenen Umgangs mit deutschen Frauen lief gegen den Beschuldigten L i n d o w das Verfahren 1 Js 5.65 (RSHA), das durch Verfügung vom 9. Oktober 1969 mit vorliegendem Verfahren verbunden worden ist. Lindow bestreitet, als Referatsleiter IV A 1 derartige Vorgänge mitbearbeitet und mitgezeichnet zu haben. Er gibt hierzu an, auch die Vorgänge gegen polnische Kriegsgefangene seien von seiner Mitzeichnung ausgenommen gewesen, da sie zum Sachgebiet IV A 1 c gehört hätten, das ab 1. Juli 1942 in seinem vollen sachlichen Umfang nicht ihm, sondern direkt dem Gruppenleiter IV A, P a n z i n g e r , unterstellt gewesen sei.

Diese Angaben sind von dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s und den Zeuginnen M i c h l e r und B e c k ebenfalls bestätigt worden. Entgegenstehende Aussagen oder Dokumente, aus denen Gegenteiliges entnommen werden könnte, liegen nicht vor.

Das Verfahren gegen den Beschuldigten L i n d o w ist deshalb gemäß § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO einzustellen.

Demnach reicht das Ergebnis der Ermittlungen nicht aus, den im Einleitungsvermerk vom 15. Oktober 1964 angenommenen, über die Feststellungen des freisprechenden Urteils des Schwurgerichts Frankfurt/M. vom 22. Dezember 1950 hinausgehenden Verdacht einer strafbaren Teilnahme des früheren Referatsleiters IV A 1 des RSHA, Lindow, zu bestätigen.

Hinsichtlich der im Sachgebiet IV A 1 c bearbeiteten Sonderbehandlungsfälle gegen polnische Kriegesangehörige wegen verbotenen Umgangs mit deutschen Frauen lief gegen den Beschuldigten Lindow das Verfahren 1a 5.65 (RSHA), das durch Verfügung vom 9. Oktober 1969 mit vorliegendem Verfahren verbunden worden ist. Lindow bestreitet, als Referatsleiter IV A 1 derartige Vorgänge mitbearbeitet und mitgezeichnet zu haben. Er gibt hierzu an, auch die Vorgänge gegen polnische Kriegesangehörige seien von seiner Mitzeichnung ausgenommen gewesen, da sie zum Sachgebiet IV A 1 c gehört hätten, das ab 1. Juli 1942 in seinem vollen sachlichen Umfang nicht ihm, sondern direkt dem Gruppenleiter IV A, Panzer, unterstellt gewesen sei.

Diese Angaben sind von dem Beschuldigten Köstgen und den Zeuginnen Michler und Beck ebenfalls bestätigt worden. Entgegenstehende Aussagen oder Dokumente, aus denen Gegenteiliges entnommen werden könnte, liegen nicht vor.

Das Verfahren gegen den Beschuldigten Lindow ist deshalb gemäß § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO einzustellen.

Bd. XIII, 52

Ihre Aussagen noch folgende Einzelheiten zu seiner Arbeitsweise:

Frau Michler und Frau Beck sprechen von dem Beschuldigten nur als dem Sachgebietsleiter IV A 1. c. Frau

Michler meint, der Beschuldigte habe

praktisch die Stellung eines Referen-

ten innegehabt, da er gegenüber dem

Referatsleiter Lindow vollständig

selbständig gewesen sei. Bei der Arbeit

habe er, wie Frau Arndt angibt, nie

zur Hilfe angezogen. Weil er nie

immer netzte, habe sie schließlich

ihre Versetzung Anfang des Jahres 1943

zum Sachgebiet IV A 1 b begehrt und

auch erhalten.

Bd. XII, 93

Bd. XXI, 231

Bd. XII, 118

Bd. V, 75-76

Bd. XVII, 96

Bd. XII, 129

Frau Beck erinnert sich, daß der Beschuldigte sehr oft mit dem Gruppenleiter Penzinger verhandelt habe, ohne jedoch erfahren zu haben, wozu es auch bei diesen Gesprächen im einzelnen gehandelt habe. Auch Penzinger sei zu dem Beschuldigten in das Zimmer gekommen, um dort mit ihm Besprechungen zu führen. Sie habe den Beschuldigten als Hauptverantwortlichen für das Sachgebiet IV A 1 c angesehen und sei der Ansicht, daß alles von seinen Vorgesetzten akzeptiert worden sei, was der Beschuldigte vorgeschlagen habe. In seiner persönlichen Art sei der Beschuldigte mit Penzinger gleichzusetzen. Beide seien nach außen nicht als typische Vertreter der SS oder der NS-Partei aufgetreten. Auch müsse sie noch genau, daß sich der

2. Das Verfahren gegen den Beschuldigten

Kurt L i n d o w

wird aus den Gründen des Vermerks zu 1)
gemäß § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO eingestellt.

3. bis 11. pp.

Berlin 21, den 23. Februar 1971

Hauswald

Erster Staatsanwalt

Ad.

2. Das Verfahren gegen den Beschuldigten

Kurt Lindow

wird aus den Gründen des Vermerks zu 1)
gemäß § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO eingestellt.

3. Die II. pp.

Berlin 21. den 23. Februar 1971

Hauswald

Erster Staatsanwalt

Personen, die im Abschlußvermerk zwar genannt,
in der Zeugenübersicht jedoch nicht enthalten
sind, sind verstorben oder konnten nicht ermit-
telt werden.

Hauswald

Erster Staatsanwalt

Hauswald

Erster Staatsanwalt

25X - 1¹ =
26. FEB. 1971
15X 25. FEB. 1971

25X

I. I. V e r m e r k :

1) Der Beschuldigte

Pers.H. P_r13

Dr. Friedrich R a n g ,
früher Regierungsdirektor und
SS-Standartenführer,
geboren am 9. April 1899 in Grottau,
wohnhaft in Göttingen, Brauweg 19,

war Leiter der Gruppe IV D des RSHA von Juli 1943 bis März 1944 und ist deshalb als Beschuldigter in das Verfahren einbezogen worden. Von August 1943 bis Oktober/November 1943 befand er sich in stationärer Behandlung. Neben seiner Tätigkeit als Gruppenleiter IV D behielt er das Pressereferat IV C 3 als Leiter bei. Von April 1944 ab leitete er die Abteilung IV B 3 bis Dezember 1944 und anschließend bis März 1945 die Abteilung IV A 5 des RSHA. Danach war er bis Kriegsende Leiter der Auslandsbriefprüfstelle Dänemark.

Wegen seiner beschränkten Dienstfähigkeit infolge einer Krankheit soll ihm der Amtschef IV den damaligen ORR L i s c h k a als Vertreter zur Entlastung beigegeben haben. Dr. Rang gab aus diesem Grunde nur die personelle Aufsicht über alle Referate der Gruppe IV D geführt zu haben; in rechtlicher Hinsicht will er nur die Dienstaufsicht über die Referate IV D 1 (Protektoratsangelegenheiten) und IV D 4 (besetzte Gebiete Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen, Dänemark) geführt haben.

Dagegen soll nach seinen Angaben ORR L i s c h k a, ~~der diesen Fall herbeiführen sollte~~, ORR L i s c h k a, ~~was durch alle Dinge herbeiführt~~, die sachliche Dienstaufsicht über die anderen Referate IV D 2 (Generalgouvernement (GG)), IV D 3 (Staatsfeindliche Ausländer, Emigranten) und IV D 5 (besetzte Ostgebiete) innegehabt haben. Diese Angaben konnten dem Beschuldigten Dr. R a n g mangels ^{weiterer} ~~weiterer~~ gegenstehender Aussagen und im Hinblick

I. V e r m e r k :

1) Der Beschuldigte

Pers. H. P. 13

Dr. Friedrich R a n g ,
früher Regierungsdirektor und
SS-Standartenführer,
geboren am 9. April 1899 in Grottau,
Wohnhaft in Göttingen, Brauweg 19,

war Leiter der Gruppe IV D des RSHA von Juli 1943
bis März 1944 und ist deshalb als Beschuldigter
in das Verfahren einbezogen worden. Von August 1943
bis Oktober/November 1943 befand er sich in stationärer
Behandlung. Neben seiner Tätigkeit als Gruppenleiter
IV D befehlt er das Presseamt IV C 3
als Leiter bei. Von April 1944 ab leitete er die
Abteilung IV B 3 bis Dezember 1944 und anschließend
bis März 1945 die Abteilung IV A 5 des RSHA. Danach
war er die kriegsangeleitete Leiter der Auslandsabteilung
Stelle Dänemark.

Wegen seiner beschränkten Dienstfähigkeit infolge
einer Krankheit soll ihm der Amtssache IV den damals
liegenden ORR I i s c h a als Vertreter zur Verfügung
stellung begeben haben. Dr. Rang gibt an, aus diesem
Grunde nur die personelle Aufsicht über alle Referate
der Gruppe IV D geführt zu haben; in rechtlicher
Hinsicht will er nur die Dienstaufsicht über
die Referate IV D 1 (Protektionsangelegenheiten) und
IV D 4 (besetzte Gebiete Frankreich, Belgien, Holland,
Norwegen, Dänemark) geführt haben.
Dagegen soll nach seinen Angaben ORR I i s c h a ,
was dieser allerdings bestreitet,
die sachliche Dienstaufsicht über die anderen Referate
IV D 2 (Generalgouvernement (GG)),
IV D 3 (Staatsfeindliche Ausländer, Emigranten) und
IV D 5 (besetzte Ostgebiete) innegehabt haben. Diese
Angaben konnten dem Beschuldigten Dr. R a n g
mangelnder Gegenständer Aussagen und im Hinblick

darauf, daß die vorhandenen Dokumente nichts Gegenteiliges ergeben haben, nicht widerlegt werden.

Dok.O.IX, 225
EV Teil B,
S.358a-c
Dok.O.IX, 206

Aus diesem Grunde ließ sich der Verdacht nicht nachweisen, daß Dr. R a n g als Gruppenleiter IV D die im Sachgebiet IV D 5 d von dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s bearbeiteten Exekutionsbefehle gegen ausgesonderte sowjetische Kriegsgefangene und die Sonderbehandlungsanordnungen in Einzelfällen gegen sowjetische und polnische Kriegsgefangene, insbesondere den Exekutionsbefehl gegen den sowjetischen Kriegsgefangenen P a w e l s c h e n k o vom 16. September 1943 - IV D 5 d B.Nr.1814/43 - mitgezeichnet habe. Andererseits steht fest, daß er den sogenannten "Kugelbefehl gegen flüchtige Offiziere und Unteroffiziere" vom 2. März 1944 - IV D 5 d 61.44gRs ^{imtschreiben} ~~nicht~~ ^{unterschieden} ~~erlassen~~ ^{hat} ~~hat~~ Dieser Erlaß trägt die Unterschrift von Dr. P i f f r a d e r - A c h a m e r .

Dr. R a n g bestreitet, zwar in seiner verantwortlichen Vernehmung vom 14. Dezember 1968 nicht, daß er von Tötungsbefehlen bzw. -erlassen Kenntnis erhalten habe, die in der Gruppe IV D von den zuständigen Referaten bearbeitet worden waren. Er weist jedoch entschieden den Vorwurf zurück, solche Erlasse jemals mitgezeichnet zu haben. Die vernommenen Schreibkräfte aus IV D 5, die Zeuginnen B e c k, W e i s e r und G r e i f e n d o r f, konnten Gegenteiliges nicht bekunden. Ebenso reichen die Angaben der Referatsangehörigen in IV D ~~5~~ ⁵ ~~und 5~~ ⁵ B r a n d e n b u r g, F u m y, Dr. K n o b - l o c h und S i m o n sowie des stellvertretenden Gruppenleiters IV D, L i s c h k a und des Beschuldigten K ö n i g s h a u s nicht aus, den nur aus seiner Funktion als Gruppenleiter IV D hergeleiteten Verdacht einer Mitwirkung an Tötungserlassen aufrechtzuerhalten. Es muß deshalb davon

darauf, daß die vorhandenen Dokumente nichts Gegen-
teiliges ergeben haben, nicht widerlegt werden.

Aus diesem Grunde ließ sich der Verdacht nicht nach-
weisen, daß Dr. R a n g als Gruppenleiter IV D die
im Sachgebiet IV D 5 d von dem Beschuldigten
K ö n i g a n a bearbeiteten Exekutionsbefehle
gegen ausgewanderte sowjetische Kriegsgefangene
und die Sonderbehandlungsanordnungen in Einzelfällen
gegen sowjetische und polnische Kriegsgefangene, ins-
besondere den Exekutionsbefehl gegen den sowjetischen
Kriegsgefangenen P a w e l a c h e n k o vom
16. September 1943 - IV D 5 d B.Nr.1814/43 -
mitgezeichnet habe. Andererseits steht fest, daß er
den sogenannten "Kugelbefehl gegen flüchtige Offi-
ziere und Unteroffiziere" vom 2. März 1944
- IV D 5 d 61.44Gr - nicht unterschrieben hat. Dieser
Erlaß trägt die Unterschrift von Dr. P i r a d e r
A c h a m e r .

Dr. R a n g bestreitet zwar in seiner verant-
wortlichen Vernehmung vom 14. Dezember 1968 nicht,
daß er von Tötungsbefehlen bzw. -erlassen Kenntnis
erhalten habe, die in der Gruppe IV D von den zu-
ständigen Referenten bearbeitet worden waren. Er
weist jedoch entschieden den Vorwurf zurück, solche
Erlasse jemals mitgezeichnet zu haben. Die vernomme-
nen Schreibkräfte aus IV D 5, die Zeugnissen B e c k
W e i s e r und G r e i f e n d o r f, konnten
Gegenteiliges nicht bekunden. Ebenso reichen die
Angaben der Referatsangehörigen in IV D 5,
B r a n d e n b u r g, F u m y, Dr. K n o p -
f o c h und S i m o n sowie des stellvertre-
nden Gruppenleiters IV D, L i a c h a und des
Beschuldigten K ö n i g a n a nicht aus, den
nur aus seiner Funktion als Gruppenleiter IV D her-
geleiteten Verdacht einer Mitwirkung an Tötungs-
erlassen aufrechtzuerhalten. Es muß deshalb davon

Dok.0.IX, 225
EV Teil B,
2.358a-c
Dok.0.IX, 206

etwa mindestens 4.000 exekutierten sowjetischen Kriegsgefangenen
ermittelt. Ein grober Teil von ihnen wurde ab Herbst 1941 bis zum Dienstantritt des Beschuldigten in dem zu einer Genickschussanlage (nachdem Vorbild des KZ Sachsenhausen) umgebauten Pferdestall liquidiert. Die Opferzahl von etwa 6.000 ermittelte der Zeuge, Professor Kogon, in Zusammenarbeit mit anderen Häftlingen und den amerikanischen Ermittlungsbehörden. Sie wird indirekt von dem Zeugen Bleicher bestätigt, dem es gelang, zusammen mit anderen Häftlingen die Ausweispapiere und sonstigen Personaldokumente, die den sowjetischen Kriegsgefangenen vor ihrer Erschießung im "Pferdestall" abgenommen worden waren, in der Effektenverwaltung zu sammeln und zu verstecken. Nach seinen letzten Angaben handelte es sich um mehrere tausend Pässe und andere Personalspapiere.

Bd. X, 54

Bd. XXII, 25, 26

f) KZ Auschwitz

Über die systematischen Tötungen ausgesetzter sowjetischer Kriegsgefangener im KZ Auschwitz haben sich bis heute keine exakten Zahlen ermitteln lassen, da das vorhandene Urkundematerial die vom RSHA angeordneten Exekutionen ausgesetzter Kriegsgefangener nicht von den

ausgegangen werden, daß die Referenten der Gruppe IV D befugt waren, sich unmittelbar in Sachfragen an den Amtschef IV zu wenden und ihm Tötungserlasse und Sonderbehandlungsanordnungen direkt zur Unterschrift vorzulegen. Da sonstige konkrete Anhaltspunkte oder Beweismittel nicht zur Verfügung stehen, ist bei dieser Sachlage das Verfahren gegen Dr. R a n g einzustellen.

Dr. R a n g einzustellen.
bei dieser Sachlage das Verfahren gegen
Beweismittel nicht zur Verfügung stehen, ist
gen. Da sonstige konkrete Anhaltspunkte oder
Anordnungen direkt zur Untersuchung vorzu-
und ihm Tötungserlasse und Sonderbehandlungs-
in Sachfragen an den Amtschef IV zu wenden
Gruppe IV D beauftragt waren, sich unmittelbar
ausgesprochen werden, daß die Referenten der

sonstigen Sterbefällen der
Kriegsgefangenen trennt. So sind
nur einzelne Erschießungs- oder
Vergasungsaktionen von Kriegs-
gefangenen bekannt, die unmittel-
bar nach ihrer Einlieferung ver-
nichtet wurden, ohne in das
Kriegsgefangenenlager Birkenau
oder andere Teilager des Lager-
komplexes Auschwitz aufgenommen
worden zu sein. Die den Einlie-
ferungen unmittelbar folgenden
Tötungen lassen den sicheren
Schluß zu, daß es sich um ausge-
sonderte Kriegsgefangene handelte.
Von 10.000 im November 1941 einge-
lieferten sowjetischen Kriegs-
gefangenen wurden noch im KL
Auschwitz weitere 1.000 ausge-
sondert und vergast bzw. erschos-
sen. Außerdem trafen laufend
Transporte ein, die sofort mit
Gas liquidiert wurden, darunter
ein Transport von 900 sowjeti-
schen Kriegsgefangenen. Höss,
Kommandant des KL Auschwitz,
machte hierüber nach Kriegs-
ende folgende Angaben:

Dok.O. KL II,
Seite 22 des Brand-
huber-Berichtes
Höss-Bericht
Dok.O. KL II
Seite 121-122, 155

2.2) Der Beschuldigte

Pers.H. P₁ 58

Kurt Paul Werner L i s c h k a ,
früher Oberregierungsrat und
SS-Obersturmbannführer,
geboren am 16. August 1909 in Breslau,
wohnhaft in Köln-Hohweide,
Bergisch-Gladbacher-Straße 554,

1
kam als Beschuldigter im Rahmen dieses Verfahrens
in Betracht, weil er ab November 1943 der Gruppe
IV D angehörte. Er bestreitet, als Vertreter des
Gruppenleiters IV D, Dr. R a n g , eingesetzt
worden zu sein und hält dessen Angaben hierzu für
unzutreffend. Nach einer allgemeinen informatori-
schen Beschäftigung in den einzelnen Referaten der
Gruppe IV D übernahm er etwa im Februar 1944 das
Referat IV D 1 (Protektoratsangelegenheiten) von
seinem Vorgänger Dr. L e t t ~~ow~~ und verblieb,
unterbrochen durch verschiedene Sondereinsätze
(Sonderkommission 20. Juli 1944 bis Ende Oktober 1944,
Sonderkommission Slowakischer Aufstand), bis zum
Kriegsende in dieser Dienststellung, zuletzt im
Ausweichlager Dachs bei Trebnitz. Soweit Dr. R a n g
ihn als Leiter der ab 1. April 1944 so benannten
Gruppe IV B des RSHA bezeichnete, bestreitet er
ebenfalls, diese Dienststellung innegehabt zu haben.
Gegenteiliges konnte ihm nicht mit ausreichender
Sicherheit nachgewiesen werden.

Den Beschuldigten K ö n i g s h a u s kannte er
aus dem Sachgebiet II B 4 X (Katholische Kirchen) ^{des Gegenpa}
aus der Zeit ab 1936, als er - Lischka - bis 1937
Leiter dieses Sachgebietes und bis Ende 1938
Leiter des Referates II B X war. Anschließend über-
nahm L i s c h k a die Leitung der Abteilung II B
~~Das Ende 1938 in der gegen vernichtete~~ L i s c h k a
noch eine Erinnerung an den Beschuldigten
K ö n i g s h a u s aus der Zeit seiner Tätigkeit

2) Der Beschuldigte

Pers.H. P. 1 58

Kurt Paul Werner I i s c h k a ,
früher Oberregierungsrat und
SS-Obersturmbannführer,
geboren am 16. August 1909 in Breslau,
wohnhaft in Köln-Hohweide,
Bergisch-Gladbacher-Straße 524,

Kam als Beschuldigter im Rahmen dieses Verfahrens
in Betracht, weil er ab November 1943 der Gruppe
IV D angehörte. Er bestreitet, als Vertreter des
Gruppenleiters IV D, Dr. R a n g , eingesetzt
worden zu sein und hält dessen Angaben hierzu für
unzutreffend. Nach einer allgemeinen Information der
sachen Beschäftigung in den einzelnen Referaten der
Gruppe IV D übernahm er etwa im Februar 1944 das
Referat IV D I (Protektorsangelegenheiten) von
seinem Vorgänger Dr. L e t o w und verblieb,
unterbrochen durch verschiedene Sonderzusätze
(Sonderkommission SO. Juli 1944 bis Ende Oktober 1944,
Sonderkommission Slowakischer Aufstand), bis zum
Kriegsende in dieser Dienststellung, zuletzt im
Ausweichlager Dachs bei Trebnitz. Soweit Dr. R a n g
ihn als Leiter der ab 1. April 1944 so benannten
Gruppe IV B des RSHA bezeichnet, bestreitet er
ebenfalls, diese Dienststellung innegehabt zu haben.
Gegenüber ihm konnte ihm nicht mit ausreichender
Sicherheit nachgewiesen werden.

Den Beschuldigten K ö n i g s h a u s a kannte er
aus dem Sachgebiet II B I (Katholische Kirchen)
aus der Zeit ab 1936, als er - Dachska - bis 1937
Leiter dieses Sachgebietes und bis Ende 1937
Leiter des Referates II B 2 war.
Dagegen verneinte I i s c h k a ,
noch eine Erinnerung an den Beschuldigten
K ö n i g s h a u s a aus der Zeit seiner Tätigkeit

ohen in der Menge. Mich betiel doch ein Unbehagen,
so ein Erschauern, obwohl ich mit den Gastod schlim-
mer vorgestellt hatte. Ich stellte mir darunter waren
mer ein qualitvolles Ersticken vor. Die Leichen waren
aber durchwegs ohne jegliche Verkrampfung. Wie mir
die Ärzte erklärten, wirkte die Blausäure lähmend
auf die Lunge, die Wirkung wäre aber so plötzlich
und so stark, daß es nicht zu den Erstickenser-
scheinungen wie z.B. durch Leuchtgas oder durch
allgemeine Luftentziehung des Sauerstoffs führe.
Über die Tötung der russischen Kriegsgefangenen
an und für sich machte ich mir damals keine Ge-
danken. Es war befohlen, ich hatte es durchzufüh-
ren. Doch ich muß offen sagen, auf mich wirkte diese
Vergasung beruhigend, da ja in absehbarer Zeit mit
der Massen-Vernichtung der Juden begonnen werden
mußte, und noch war weder Eichmann noch mir die
Art der Tötung dieser zu erwartenden Massen klar."

Die Tötungen aussondierter sowjetli-
scher Kriegsgefangener wurden im
KL Auschwitz bis Anfang 1944 fortge-
setzt.

g) Weitere KL

In den KL Mauthausen und Neugamme
wurden vor Dienstantritt des Beschul-
digten einzelne Massenezekutionen aus-
gesondeter sowjetischer Kriegsge-
fangener durchgeführt, so z.B. in
Mauthausen

Bd. VIII, 93-94;
Dok.O. KL VII b u. c

im November 1941 236 Kommissare und Offiziere
(in zwei Transporten) am 26.1.1942 1 Kommissar
am 17.3.1942 11 Komm. u. Offiz.
am 23.3.1942 26 " " "

und im KL Neugamme

im Oktober 1941

43 sowjet. Kriegs-
gefangene

in der ~~Gruppe~~ ^{Abteilung} IV D, später Abteilung IV B 2, ~~ge-~~
~~habt~~ zu haben.

Die Zeuginnen K e m p e , B e c k , G r e i -
f e n d o r f , G ü n t h e r und W e i s e r
verneinen, daß L i s c h k a während ihrer Tä-
tigkeit als Schreibkräfte in den Referaten IV D ~~85~~
~~und 5 abzw. Referat IV B 2~~ ^{Referat} IV B 2 ~~gelangen~~ ^{gelangt} habe. ~~Legenhei-~~
~~ten polnischer Kriegsgefangener~~ ^{polnischer Kriegsgefangener}
befaßt gewesen ist. Ebenso enthalten die Aussagen
der Angehörigen dieser Referate, B r a n d e n -
b u r g , K r e t s c h m a n n , S i m o n ,
Dr. K n o b l o c h und Z i m m e r m a n n
keine konkreten Angaben in dieser Richtung.

Bd. XXI, 172ff

L i s c h k a selbst bestritt bei seiner verant-
wortlichen Vernehmung am 13. März 1970, jemals
Tötungserlasse, Exekutionsbefehle oder Sonder-
behandlungsanordnungen gegen polnische oder so-
wjetische Kriegsgefangene mitgezeichnet zu haben.
Da einschlägige Dokumente nicht vorhanden sind,
die das Gegenteil zu beweisen geeignet sein könnten,
war ihm seine Einlassung nicht zu widerlegen. Das
Verfahren gegen ihn ist deshalb einzustellen.

in der Gruppe IV D, später Abteilung IV B 2, gehabt zu haben.

Die Zeuginnen Kempe, Beck, Grei-
fendorf, Günther und Weiser
verneinen, daß Lischka während ihrer Tä-
tigkeit als Schreibkräfte in den Referaten IV D 2
bzw. dem Referat IV B 2 mit Angelegenhei-
ten sowjetischer Kriegesangehörer
befaßt gewesen ist. Ebenso enthalten die Aussagen
der Angehörigen dieser Referate, Branden-
burg, Kretschmann, Simon,
Dr. Knobloch und Zimmermann
keine konkreten Angaben in dieser Richtung.
Lischka selbst bestritt bei seiner verant-
wortlichen Vernehmung am 13. März 1970, jemals
Tötungserlasse, Exekutionsbefehle oder Sonder-
behandlungsanordnungen gegen polnische oder so-
wjetische Kriegesangehörige mitgeteilt zu haben.
Da einschlägige Dokumente nicht vorhanden sind,
daß das Gegenteil zu beweisen geeignet sein könnten,
war ihm seine Einsassung nicht zu widerlegen. Das
Verfahren gegen ihn ist deshalb einzustellen.

Bd. XXI, 172ff

In beiden KL fanden in den Jahren 1942 bis 1944 weitere Massenezekutionen statt, die im Abschnitt VI behandelt werden.

Es ist davon auszugehen, daß auch in anderen KL des Reichsgebietes weitere Massentötungen dieser Art durchgeführt wurden, die sich jedoch weder durch Urkunden noch durch detaillierte Zeugenaussagen nachweisen lassen, z.B. in den KL Stutthof, Natzweller, Dors-Mittelbau u.a. Im Generalgouvernement fanden ebenfalls Massenliquidierungen außer in der Nähe der Kriegsgefangenenlager auch in Konzentrationslagerähnlichen Kriegsgefangenenlagern in Lublin, Lemberg, Siedlce, Przemysl, Rawa-Ruska und anderen Lagern statt.

3) Der Beschuldigte

Pers.H.P_r 26 c Joachim R e i c h e n b a c h ,
früher Kriminalrat und
SS-Hauptsturmführer,
geboren am 14. August 1907 in Berlin,
wohnhaft in Hamburg - Sülldorf,
Op'n Hainholt 35c,

war im Jahre 1942 etwa 8 Monate lang Angehöriger des Referates IV A 1 des RSHA. Infolge seines Dienst-ranges und seiner Zugehörigkeit zum belasteten Referat IV A 1 bestand der Verdacht, daß er an den Aussonderungen sowjetischer Kriegsgefangener mindestens insoweit mitgewirkt haben könnte, als er an den Vernehmungen einzelner bereits ausgesonderter Kommissare und Politruks mitgewirkt und sie nach den Vernehmungen an die Stalags zwecks Abgabe an die Gestapo zur Exekution in einem KL zurücküberstellt haben könnte.

Bd.XXIV,101ff

Der Beschuldigte R e i c h e n b a c h bestritt in seiner verantwortlichen Vernehmung vom 8.Oktober 1970, sowjetische Kriegsgefangene im Referat IV A 1 vernommen zu haben. Aus Geheimhaltungsgründen habe er, so gibt er weiter an, von Aussonderungen damals überhaupt nichts erfahren. Zwar ~~habe~~ ~~er~~ ~~sich~~ an den Beschuldigten K ö n i g s h a u s auf Vorhalt wieder, habe jedoch mit ihm zu keiner Zeit zusammengearbeitet und von dessen Tätigkeit auch keine Kenntnis erhalten.

Die Aussagen der Angehörigen des Referates IV A 1, namentlich von L i n d o w , F u m y ,
Hr. K n o b l o c h , K l i n g , W u t h e und
S i m o n sowie der Schreibkräfte F i s c h e r ,
S c h r e i e r , B e c k und S c h u l t enthalten keine Belastungen des R e i c h e n b a c h bezüglich des Gegenstandes dieses Verfahrens.

3) Der Beschuldigte

Pers.H.P. 26

Op'n Hainholt 35c,
Wohnhaft in Hamburg - Sülldorf,
geboren am 14. August 1907 in Berlin,
SS-Hauptsturmführer,
früher Kriminalrat und
Joschim Reichenhach,

war im Jahre 1942 etwa 8 Monate lang Angehöriger
des Referates IV A I des RSHA. Infolge seines Dienst-
ranges und seiner Zugehörigkeit zum belasteten Refe-
rat IV A I bestand der Verdacht, daß er an den Aus-
sonderungen sowjetischer Kriegsgefangener mindestens
insoweit mitgewirkt haben könnte, als er an den Ver-
nehmungen einzelner bereits ausgesonderter Kommissare
und Politika mitgewirkt und sie nach den Verneh-
mungen an die Stalags zwecks Abgabe an die Gestapo
zur Exekution in einem KL zurücküberstellt haben
könnte.

Der Beschuldigte Reichenhach bestreift in
seiner verantwortlichen Vernehmung vom 8. Oktober 1970
sowjetische Kriegsgefangene im Referat IV A I vernom-
men zu haben. Aus Geheimhaltungsgründen habe er, so
gibt er weiter an, von Aussonderungen damals über-
haupt nichts erfahren. Zwar erinnere er sich an den
Beschuldigten Königshaus auf Vorhalt
wieder, habe jedoch mit ihm zu keiner Zeit zusammen-
gearbeitet und von dessen Tätigkeit auch keine
Kenntnis erhalten.

Bd.XXIV,101ff

Die Aussagen der Angehörigen des Referates IV A I,
namentlich von Lindow, Fumy,
Dr. Knobloch, Kling, Wuthe und
Simon sowie der Schreibkräfte Fischer,
Schreier, Beck und Schultent-
halten keine Belastungen des Reichenhach
bezüglich des Gegenstandes dieses Verfahrens.

Das sind Mindestopferzahlen, deren Unvollständigkeit hauptsächlich auf der rechtzeitig Vernichtung aller einschlägigen Unterlagen beruht. Das trifft insbesondere für das Generalgouvernement, in dem in zahlreichen Fällen die ausgesonderten Kriegesgefangenen auch in der Nähe der Kriegesgefangenenlager erschossen worden sind, zu. Zählt man noch die Erschießungsziffern der Einsatzgruppen hinzu, so beweisen diese Zahlen ausreißend die historische These, daß die Wehrmacht in ihren Truppenverbänden es nicht daran hat fehlen lassen, den Kommissarsbefehl unausgeführt zu lassen, wo sie nur konnte, auch wenn das OKW/AWA nach Beginn des Ostfeldzuges am 22. Juni 1941 fortfuhr, in Anlehnung an die Einsatzbefehle durch Weisungen an die Kommandanturen der Kriegesgefangenenlager die Aussonderungen zu unterstützen.

III. Inhalt der die Aussonderungen anord-

nenden Einsatzbefehle des RSHA und

Erlasse des OKW

1. Allgemeines

Der geschichtliche Rückblick auf die Entwicklung des "Kommissarsbefehls" des OKW war erforderlich, um die Gründe aufzuzeigen, die es Himmler und Heydrich im RSHA möglich machten, den von Hitler der Wehrmacht am 30. März 1941 erteil-

ten Auftrag vollständig an sich

Dokumente, die Gegenteiliges zu diesen Aussagen und der Einlassung nachzuweisen geeignet wären, sind nicht vorhanden. Mangels sonstiger konkreter Anhaltspunkte ist daher das Verfahren gegen R e i c h e n b a c h einzustellen.

Reichenbach einzustellen.
ter Anhaltspunkte ist daher das Verfahren gegen
sind nicht vorhanden. Mangeln sonstiger konkre-
und der Einsassung nachzuweisen geeignet wären,
Dokumente, die Gegenteiliges zu diesen Aussagen

Dokumente, die Gegenteiliges bezeugen und der Einlassung nachzuweisen gelingen, sind nicht vorhanden. Mangels sonstiger Anhaltspunkte ist daher das folgende Reichenbach einzusetzen.

Hof des Arrestbaues, ohne jedoch Opferzahlen über den Gesamtumfang dieser Tötungen festzustellen. Sie lassen sich jedoch den Angaben des Zeugen Dr. Dr. Giesecke entnehmen, der durch seine Häftlingsfunktionen im Schutzhaftlager (Blockschreiber bis Januar 1942, später Schreiber in der Verpflegungsverwaltung) in der Lage war, genaue Beobachtungen über Zeitraum und Zahl der Exekutionen zu machen. Dr. Dr. Giesecke gibt an, daß allein in der Zeit vom 18. Oktober 1941 (Beginn der Massenerschießungen sowjetischer Kriegsgefangener im KL Flossenbürg) bis zum Frühjahr 1942 mindestens 1.350 sowjetische Kriegsgefangene liquidiert worden seien. Die Gesamtzahl der im KL Flossenbürg verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen - einschließlich der exekutierten - soll nach Berechnungen des Flossenbürgkomitees 26.430 betragen.

Bd. VI, 95

e) KL Buchenwald

Im amerikanischen Militärgerichtsverfahren in Dachau gegen den HSSPf des Oberabschnittes Werra-Fulda, Erbprinz Josias Fürst zu Waldeck und Pyrmont, den KL-Kommandanten Pister und weitere Angehörige der Kommandantur - Case N° 000 - 50 - 9 - wurde für die Zeit von Herbst 1941 bis Sommer 1944 eine Gesamtzahl von

Dok.0. KL IIIe/1-2

4) Der Beschuldigte

Pers.H. P_k 24

Andreas K e m p e l ,
früher Kriminalsekretär,
geboren am 13. Juli 1904 in Hintersteinau,
wohnhaft in Wiesbaden, Hollerbornstraße 12,

gehörte von Anfang bis Kriegsende als Sachbe-
arbeiter dem Sachgebiet IV A 1 a des RSHA an. Er
war deshalb als Beschuldigter in das Verfahren ein-
bezogen worden. Zu seinen speziellen Aufgaben gehör-
te es, Vorgänge gegen Kommunisten auszuwerten und in
einer Kartei zu vermerken. Außerdem war er im Vor-
zimmer des Referatsleiters IV A 1, V o g t , mit
der Aktenvorlage beschäftigt.

Bd.VIII,16

In seinen verantwortlichen Vernehmungen vom
11. Juni und 10. Dezember 1968 bestritt der Be-
schuldigte K e m p e l , Vorgänge bearbeitet
oder weitergereicht zu haben, die polnische oder
sowjetische Kriegsgefangene betrafen. Er gab an,
^{er} ~~die~~ zuständigen Sachbearbeiter in IV A 1 c,
T h i e d e k e , später K ö n i g s h a u s ,
hätten ihre Vorgänge immer persönlich dem Refe-
ratsleiter V o g t zur Unterschrift vorgelegt.
Aus diesem Grunde seien ihm, abgesehen von der
strengen Geheimhaltung und der Tatsache, daß er
nie für Kriegsgefangene zuständig gewesen sei,
die Kriegsgefangenen-Vorgänge damals nicht bekannt
geworden.

^{dem Ergebnis}
Nach ~~den Ermittlungen~~ ~~Kempele~~ ~~den Beschuldigten~~ ~~Beschul-~~
~~digten~~ ~~Kempele~~ nicht widerlegt werden, Kriegs-
gefangenen-Vorgänge nicht bearbeitet oder sonst-
wie an Tötungsvorgängen gegen polnische oder so-
wjetische Kriegsgefangene mitgewirkt zu haben.
Die Aussagen der übrigen Referatsangehörigen,
insbesondere der Schreibkräfte B e c k , A r n d t

4) Der Beschuldigte

Pers.H. P. 24

Andreas Kempel,
früher Kriminalsekretär,
geboren am 13. Juli 1904 in Hinterstein,
wohnhaft in Wiesbaden, Hollerbörnstraße 12,

gehörte von Anfang die Kriegsende als Sachbe-
arbeiter dem Sachgebiet IV A 1 des RSHA an. Er
war deshalb als Beschuldigter in das Verfahren ein-
bezogen worden. Zu seinen speziellen Aufgaben gehör-
te es, Vorgänge gegen Kommunisten auszuwerten und in
einer Kartei zu vermerken. Außerdem war er im Vor-
zimmer des Referatsleiters IV A 1, Vogt, mit
der Aktenvorlage beschäftigt.

In seinen verantwortlichen Vernehmungen vom
11. Juni und 10. Dezember 1968 bestritt der Be-
schuldigte Kempel, Vorgänge bearbeitet
oder weitergereicht zu haben, die polnische oder
sowjetische Kriegsgefangene betrafen. Er gab an,
die zuständigen Sachbearbeiter in IV A 1 c,
Thiede, später Köniß, hätten ihre Vorgänge immer persönlich dem Refe-
ratsleiter Vogt zur Unterschrift vorgelegt.
Aus diesem Grunde seien ihm, abgesehen von der
strengen Geheimhaltung und der Tatsache, daß er
nie für Kriegsgefangene zuständig gewesen sei,
die Kriegsgefangenen-Vorgänge damals nicht bekannt
geworden.

Bd.VIII, 16

Nach dem Ergebnis der Ermittlungen kann dem Beschul-
digten Kempel nicht widerlegt werden, Kriegs-
gefangenen-Vorgänge nicht bearbeitet oder sonst-
wie an Tötungsvorgängen gegen polnische oder so-
wjetische Kriegsgefangene mitgewirkt zu haben.
Die Aussagen der übrigen Referatsangehörigen,
insbesondere der Schreibkräfte Beck, Arnoldt

4) Der Beschuldigte

Pers.H.I.P._K 24

Andreas K e m p e l ,
früher Kriminalsekretär,
geboren am 13. Juli 1904 in Hintersteinau,
wohnhaft in Wiesbaden, Hollerbornstraße 12,

gehörte von Anfang bis Kriegsende als Sachbe-
arbeiter dem Sachgebiet IV A 1 a des RSHA an. Er
war deshalb als Beschuldigter in das Verfahren ein-
bezogen worden. Zu seinen speziellen Aufgaben gehör-
te es, Vorgänge gegen Kommunisten auszuwerten und in
einer Kartei zu vermerken. Außerdem war er im Vor-
zimmer des Referatsleiters IV A 1, V o g t , mit
der Aktenvorlage beschäftigt.

Bd.VIII, 16

In seinen verantwortlichen Vernehmungen vom
11. Juni und 10. Dezember 1968 bestritt der Be-
schuldigte K e m p e l , Vorgänge bearbeitet
oder weitergereicht zu haben, die polnische oder
sowjetische Kriegsgefangene betrafen. Er gab an,
die zuständigen Sachbearbeiter in IV A 1 b,
T h i e d e k e , später K ü n i g s h a u s ,
hätten ihre Vorgänge immer persönlich dem Refer-
ratsleiter V o g t zur Unterschrift vorgelegt.
Aus diesem Grunde seien ihm, abgesehen von der
strengen Geheimhaltung und der Tatsache, daß er
nie für Kriegsgefangene zuständig gewesen sei,
die Kriegsgefangenen-Vorgänge damals nicht bekannt
geworden.

Nach dem Ergebnis der Ermittlungen kann dem Beschul-
digten Kempel nicht widerlegt werden, Kriegs-
gefangenen-Vorgänge nicht bearbeitet oder sonst-
wie an Tötungsvorgängen gegen polnische oder so-
wjetische Kriegsgefangene mitgewirkt zu haben.
Die Aussagen der übrigen Referatsangehörigen,
insbesondere der Schreibkräfte B e c k , A r n d t

sonstigen Sterbefällen der Kriegsgefangenen trennt. So sind nur einzelne Erschießungs- oder Vergasungsaktionen von Kriegsgefangenen bekannt, die unmittelbar nach ihrer Einlieferung nicht wurden, ohne in das Kriegsgefangenenlager Birkenau oder andere Teillager des Lagerkomplexes Auschwitz aufgenommen worden zu sein. Die den Einlieferungen unmittelbar folgenden Tötungen lassen den sicheren Schluß zu, daß es sich um ausgesonderte Kriegsgefangene handelte. Von 10.000 im November 1941 eingelieferten sowjetischen Kriegsgefangenen wurden noch im KL Auschwitz weitere 1.000 ausgesondert und vergast bzw. erschossen. Außerdem trafen laufend Transporte ein, die sofort mit Gas liquidiert wurden, darunter ein Transport von 900 sowjetischen Kriegsgefangenen. Höss, Kommandant des KL Auschwitz, machte hierüber nach Kriegsende folgende Angaben:

Dok.O. KL II,
Seite 22 des Brand-
huber-Berichtes
Höss-Bericht
Seite 121-122, 155

und F i s c h e r sowie der Sachbearbeiter
in IV A 1, F u m y , H o f f m a n n ,
K l i n g , O r t m a n n und M e y e r
sowie des Referatsleiters L i n d o w stehen
seiner Einlassung nicht entgegen. Dokumente,
die Gegenteiliges enthalten könnten, liegen
nicht vor. Mangels sonstiger konkreter Anhalts-
punkte, aus denen sich eine Belastung ergeben
könnte, ist daher das Verfahren gegen den Be-
schuldigten K e m p e l einzustellen.

und Fischer sowie der Sachbearbeiter
in IV A 1, Rumy, Hoffmann,
Kling, Ortman und Meyer
sowie des Referatsleiters Lindow stehen
seiner Einlassung nicht entgegen. Dokumente,
die Gegenteiliges enthalten könnten, liegen
nicht vor. Mangels sonstiger konkreter Anhalts-
punkte, aus denen sich eine Belastung ergeben
könnte, ist daher das Verfahren gegen den Be-
schuldigten K e m p e l einzustellen.

Bd. X, 54

etwa mindestens 4.000 exekutierten sowjetischen Kriegsgefangenen und Pische in IV A 1, Pumy ermittelt. Ein großer Teil von Kling, Or ihnen wurde ab Herbst 1941 bis sowie des Referats zum Dienstantritt des Beschul- seiner Einlassung digten in dem zu einer Genick- die Gegenteiliges schußanlage (nachdem Vorbild des nicht vor, Mangel KL Sachsenhausen) umgebauten s- punkte, aus denen Pferdestall liquidiert. Die könnte, ist daher Opferzahl von etwa 6.000 ermit- schuldigten K e telte der Zeuge, Professor Kogon,

in Zusammenarbeit mit anderen Häftlingen und den amerikanischen Ermittlungsbehörden. Sie wird indirekt von dem Zeugen Bleicher bestätigt, dem es gelang, zusammen mit anderen Häftlingen die Ausweispapiere und sonstigen Personaldokumente, die den sowjetischen Kriegsgefangenen vor ihrer Erschießung im "Pferdestall" abgenommen worden waren, in der Effektenverwaltung zu sammeln und zu verstecken. Nach seinen letzten Angaben handelte es sich um mehrere tausend Pässe und andere Personalpapiere.

Bd. XXII, 25, 26

f) KL Auschwitz

Über die systematischen Tötungen ausgesonderter sowjetischer Kriegsgefangener im KL Auschwitz haben sich bis heute keine exakten Zahlen ermitteln lassen, da das vorhandene Urkundenmaterial die vom RSHA angeordneten Exekutionen ausgesonderter Kriegsgefangener nicht von den

5) Der Beschuldigte

Pers.H.P._k 71

Gerhard K l i n g ,
früher Kriminalsekretär und
SS-Untersturmführer,
geboren am 19. April 1903 in Berlin,
wohnhaft in München 42, Veit-Stoss-Straße 17,

gegen den das Verfahren bezüglich des Teilkomplexes Einzeltötungen polnischer Kriegsgefangener bereits am 5. August 1968 eingestellt worden ist, ist in das die Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener betreffende Verfahren als Beschuldigter einbezogen worden, weil er dem belasteten Referat IV A 1 bis etwa Anfang 1942 (wahrscheinlich Februar 1942) als Sachbearbeiter angehört hatte.

Die Ermittlungen habe keine konkreten Hinweise dafür ergeben, daß er mit Tötungsvorgängen gegen Kriegsgefangene befaßt gewesen ist. Die Schreibkräfte des Sachgebietes IV A 1 c haben ihn nicht als Angehörigen dieses Sachgebietes bezeichnet. Er soll ausschließlich im Sachgebiet "Linksopposition" SPD-Angelegenheiten bearbeitet haben. Belastende Dokumente liegen gegen ihn nicht vor. Von einer verantwortlichen Vernehmung ist deshalb abgesehen worden. Das Verfahren gegen K l i n g ist einzustellen.

- 11 -

2) Der Beschuldigte

Pers.H.P. K 71

Gerhard K i i n g ,

früher Kriminalsekretär und

SS-Untersuchungsleiter,

geboren am 19. April 1903 in Berlin,

Wohnhaft in München 42, Veit-Stoss-Straße 17,

gegen den das Verfahren bezüglich des Teilkomplexes
Einzelaktionen polnischer Kriegsgefangener bereits
am 5. August 1968 eingestellt worden ist, ist in das
die Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener
betreffende Verfahren als Beschuldigter einbezogen
worden, weil er dem belasteten Referat IV A 1 als
etwa Anfang 1942 (wahrscheinlich Februar 1942) als
Sachbearbeiter angehört hatte.

Die Ermittlungen haben keine konkreten Hinweise
dafür ergeben, daß er mit Tötungsvorgängen gegen
Kriegsgefangene befaßt gewesen ist. Die Schreib-
kräfte des Sachgebietes IV A 1 c haben ihn nicht
als Angehörigen dieses Sachgebietes bezeichnet.
Er soll ausschließlich im Sachgebiet "Linskop-
ation" SPD-Angelegenheiten bearbeitet haben.
Belastende Dokumente liegen gegen ihn nicht vor.
Von einer verantwortlichen Vernehmung ist deshalb
abgesehen worden. Das Verfahren gegen K i i n g
ist einzustellen.

"Solche herausgefundenen politischen Funktionen der Roten Armee kamen nun auch zur Liquidierung nach Auschwitz. Die ersten kleinen Transporte wurden durch Exekutions-Kommandos der Truppe erschossen. Während einer Dienstreise hatte mein Vertreter, der Schutzhaftlagerführer Fritzsch, zur Tötung Gas verwendet. Und zwar das Blausäureapparat Cylon B, das zur Ungezieltevergiftung im Lager laufend gebraucht wurde und vorrätig lag. Nach meiner Rückkehr meldete er mir dies und beim nächsten Transport wurde wiederum dies Gas benutzt. Die Vergasung wurde in den Arrestzellen des Block 11 durchgeführt. Ich selbst habe mir die Tötung, durch eine Gasmaske geschützt, angesehen. Der Tod erfolgte in den vollgepflopfen Zellen sofort nach Einwurf. Nur ein kurzes, schon fast ersticktes Schreien, und schon war es vorüber. So recht zum Bewußtsein ist mir diese erste Vergasung von Menschen nicht gekommen, ich war vielmehr zu sehr von dem ganzen Vorgang im alten Krematorium, da die Benutzung des Block 11 zuviel Umstände erforderlich machte. Es wurden ein Fach noch während des Entladens mehrere Löcher von oben durch die Erd- und Betondecke des Leichenraumes geschlagen. Die Russen mußten sich im Vorraum entkleiden und gingen alle ganz ruhig in den Leichenraum, da ihnen gesagt wurde, wie würden da entlaust. Der ganze Transport ging gerade genau in den Leichenraum. Die Türe wurde zugeschlossen und das Gas durch die Öffnungen hineingeschüttet. Wie lange diese Tötung gedauert hat, weiß ich nicht. Doch war eine gewisse Weile das Gesumme noch zu vernehmen. Beim Einwerfen schrieen einige "Gas", darauf ging ein mächtiges Brüllen los und ein Drängen nach den beiden Türen. Diese hielten aber den Druck aus. Nach mehreren Stunden erst wurde geöffnet und entlaust. Da sah ich nun zum ersten Male die Gaste

28. FEB. 1971

40x

Pers.H. P_n 39

6) Der Beschuldigte

Gustav Adolf N o ß k e
Oberregierungsrat und
SS-Obersturmbannführer,
geboren am 29. Dezember 1902 in Halle/S.,
wohnhaft in Düsseldorf, Rosenstraße 18,

war von Juni 1942 bis zum Frühsommer 1943,
etwa Mai oder Juni 1943, Leiter des Referates
IV D 5. Urkundlich steht u.a. fest, daß Noßke
am 20. April 1943 ein Fernschreiben des Refera-
tes IV D 5 zeichnete.

In seiner verantwortlichen Vernehmung vom
1. Oktober 1968 zum Verfahren 1 Js 5.67 (RSHA)
gibt N o ß k e an, sich sicher erinnern zu können,
daß während seiner Tätigkeit als Leiter des Re-
ferates IV D 5 die Angelegenheiten der Kriegsge-
fangenen noch nicht vom Sachgebiet IV A 1 c zum
Sachgebiet IV D 5 d übernommen worden waren. Diese
Angaben stimmen mit den einschlägigen Dokumenten
überein, aus denen hervorgeht, daß erst ~~im~~ Juni
1943 die Kriegsgefangenen im Sachgebiet IV D 5 d
bearbeitet worden sind. Das erste, Kriegsgefangene
betreffende Dokument aus IV D 5 stammt vom
17. Juni 1943 - IV D 5 Nr. 8034.44 - (betr. Post-
verkehr sowjetischer Kriegsgefangener), das letzte
Dokument aus IV A 1 c datiert vom 29. Mai 1943
- IV A 1 c Nr. 10052.42 - (betr. Besuche von Ange-
hörigen staatlicher Behörden und Parteidiens-
stellen in Kriegsgefangenenlagern und Arbeitskom-
mandos). Demnach nahm das für Kriegsgefangene zu-
ständige Sachgebiet des Beschuldigten K ö n i g s-
h a u s seine Tätigkeit in IV D 5 d erst im
Juni 1943 zu einem Zeitpunkt auf, als der Beschul-
digte N o ß k e die Leitung des Referates IV D 5
gleichzeitig oder fast gleichzeitig an seinen
Nachfolger, dem damaligen Regierungsrat und

Erlaß-Slg.

2 A III e, S.94

Erlaß-Slg.

2 A III e, S.93

Pers.H. Pⁿ 39 6) Der Beschuldigte

Gustav Adolf N o B k e
Oberregierungsrat und
SS-Operativführer,
geboren am 29. Dezember 1902 in Halle/S.
Wohnhaft in Düsseldorf, Rosenstraße 18,

war von Juni 1942 bis zum Frühsommer 1943,
etwa Mai oder Juni 1943, Leiter des Referates
IV D 5. Urkundlich steht u.a. fest, daß N o B k e
am 20. April 1943 ein Fernschreiben des Refera-
tes IV D 5 zeichnete.

In seiner verantwortlichen Vernehmung vom
1. Oktober 1968 zum Verfahren I 1a 5.67 (RSHA)
gibt N o B k e an, sich sicher erinnern zu können,
daß während seiner Tätigkeit als Leiter des Re-
ferates IV D 5 die Angelegenheiten der Kriegsge-
fangenen noch nicht vom Sachgebiet IV A 1 c zum
Sachgebiet IV D 5 übernommen worden waren. Diese
Angaben stimmen mit den einschlägigen Dokumenten
überein, aus denen hervorgeht, daß erst ab Juni
1943 die Kriegsgefangenen im Sachgebiet IV D 5
bearbeitet worden sind. Das erste, Kriegsgefangene
betreffende Dokument aus IV D 5 stammt vom
17. Juni 1943 - IV D 5 Nr. 8034.43 - (betr. Post-
verkehr sowjetischer Kriegsgefangener), das letzte
Dokument aus IV A 1 c datiert vom 29. Mai 1943
- IV A 1 c Nr. 10052.42 - (betr. Besuche von Ange-
hörigen staatlicher Behörden und Parteidienst-
stellen in Kriegsgefangenenlagern und Arbeitskom-
mandos). Demnach nahm das für Kriegsgefangene zu-
ständige Sachgebiet des Beschuldigten K ö n i g a-
h a s seine Tätigkeit in IV D 5 erst im
Juni 1943 zu einem Zeitpunkt auf, als der Beschul-
digte N o B k e die Leitung des Referates IV D 5
gleichzeitig oder fast gleichzeitig an seinen
Nachfolger, dem damaligen Regierungsrat und

Erlaß-Stg.
S A III e, 2.94

Erlaß-Stg.
S A III e, 2.93

sonstigen Sterbefällen der
Kriegsgefangenen trennt. So sind
nur einzelne Erschießungs- oder
Versaunungsaktionen von Kriegs-
gefangenen bekannt, die unmittel-
bar nach ihrer Einlieferung ver-
nichtet wurden, ohne in das
Kriegsgefangenenlager Birkenau
oder andere Teillager des Lager-
komplexes Auschwitz aufgenommen
worden zu sein. Die den Einlie-
ferungen unmittelbar folgenden
Tötungen lassen den sicheren
Schluß zu, daß es sich um ausge-
sonderte Kriegsgefangene handelte.
Von 10.000 im November 1941 einge-
lieferten sowjetischen Kriegs-
gefangenen wurden noch im KL
Auschwitz weitere 1.000 ausge-
sondert und vergast bzw. erschos-
sen. Außerdem trafen laufend
Transporte ein, die sofort mit
Gas liquidiert wurden, darunter
ein Transport von 900 sowjeti-
schen Kriegsgefangenen. Höss,
Kommandant des KL Auschwitz,
machte hierüber nach Kriegs-
ende folgende Angaben:

Dok.O. KL II,
Höss-Bericht
Seite 121-122, 155

Dok.O. KL II,
Seite 22 des Brand-
huber-Berichtes

SS-Sturmbannführer Jobst Thiemann (verstorben am 29. November 1966 - StdA Gadderbaum, Reg.Nr. 850.66) übergeben hatte.

Das Verfahren gegen N o ß k e ist deshalb einzu-
stellen, zumal auch sonst keine ihn konkret be-
lastenden Umstände bezüglich des Komplexes der
Massen- und Einzeltötungen von Kriegsgefangenen
festgestellt werden konnten. *Angenommen*
festgestellt werden *von* *Angenommen*
worden sind. Von einer verantwortlichen Verneh-
mung zum Gegenstand dieses Verfahrens konnte aus
den dargelegten Gründen abgesehen werden. *Beurteilung*
an den dargelegten für den abgesehen werden.

22-Sturmpanzerführer Jobat Thiemann (ver-
storben am 29. November 1966 - StBA Gadderbaum,
Reg.Nr. 850.66) übergeben hatte.

Das Verfahren gegen N o B k e ist deshalb einzu-
stellen, zumal auch sonst keine ihn konkret be-
lastenden Umstände bezüglich des Komplexes der
Massen- und Einzelstörungen von Kriegsgesangenen
im Rahmen dieses Verfahrens festgestellt
worden sind. Von einer verantwortlichen Verneh-
mung zum Gegenstand dieses Verfahrens konnte aus
den dargelegten Gründen abgesehen werden.

"Solche herausgefundenen politischen Funktionsäre der Roten Armee kamen nun auch zur Liquidierung nach Auschwitz. Die ersten kleinen Transporte wurden durch Exekutions-Kommandos der Truppe erschossen. Während einer Dienstreise hatte mein Vertreter, der Schutzhaftlagerführer Fritzsche, zur Tötung Gas verwendet. Und zwar das Blausäureapparat Cyclon B, das zur Ungezielteverteilung im Lager laufend gebraucht wurde und vorrätig lag. Nach meiner Rückkehr meldete er mir dies und beim nächsten Transport wurde wiederum dies Gas benutzt. Die Vergasung wurde in den Arrestzellen des Block 11 durchgeführt. Ich selbst habe mir die Tötung, durch eine Gasmaske geschützt, angesehen. Der Tod erfolgte in den vollgepöptelten Zellen sofort nach Einwurf. Nur ein kurzes, schon fast ersticktes Schreien, und schon war es vorüber. So recht zum Bewußtsein ist mir diese erste Vergasung von Menschen nicht gekommen, ich war vielleicht zu sehr von dem ganzen Vorgang überhaupt beeindruckt. Stärker erinnere ich mich mir die bald darauf erfolgte Vergasung von 900 Russen im alten Krematorium, da die Benutzung des Block 11 zuviel Umstände erforderlich machte. Es wurden einfaach noch während des Entladens mehrere Löcher von oben durch die Erd- und Betondecke des Leichenraumes geschlagen. Die Russen mußten sich im Vorraum entkleiden und gingen alle ganz ruhig in den Leichenraum, da ihnen gesagt wurde, wie würden da entlaust. Der ganze Transport ging gerade genau in den Leichenraum. Die Türe wurde zugeschlossen und das Gas durch die Öffnungen hineingeschüttet. Wie lange diese Tötung gedauert hat, weiß ich nicht. Doch war eine geraume Weile das Gesumme noch zu vernehmen. Beim Einwerfen schrieen einige "Gas", darauf ging ein mächtiges Brüllen los und ein Drängen nach den beiden Türen. Diese hielten aber den Druck aus. Nach mehreren Stunden erst wurde geöffnet und entlüftet. Da sah ich nun zum ersten Male die Gastei-

Pers.H. P_{sch}

7) Der Beschuldigte

Walter S c h m i d t ,
früher Regierungsamtmann im RSHA,
geboren am 11. Dezember 1899 in Hamburg,
wohnhaft in Kiel, Projensdorfer Straße 17,

war als Sachbearbeiter des belasteten Referates
IV D 5, bei dem er ab etwa August 1943 beschäf-
tigt gewesen ist, in das Verfahren einbezogen wor-
den. Die Ermittlungen im Verfahren 1 Js 5/67 (RSHA)
haben jedoch ergeben, daß S c h m i d t nicht
dem für Kriegsgefangene zuständigen Sachgebiet
IV D 5 d, sondern lediglich dem Sachgebiet
IV D 5 c angehört hat, das Angelegenheiten der
Ostarbeiter bearbeitete. Das Verfahren ist
deshalb gegen ihn einzustellen, ~~ohne daß es seiner~~
~~verantwortlichen Vernehmung zum Gegenstand dieses~~
~~Verfahrens bedarf.~~
Vernehmung zum Gegenstand dieses
Verfahrens bedarf.

Pers.H. F. sch

7) Der Beschuldigte

Walter Schmidt,

früher Regierungssmann im RSHA,

geboren am 11. Dezember 1899 in Hamburg,

Wohnhaft in Kiel, Projektadler Straße 17,

war als Sachbearbeiter des belasteten Referates

IV D 5, bei dem er ab etwa August 1943 beschäf-

tigt gewesen ist, in das Verfahren einbezogen wor-

den. Die Ermittlungen im Verfahren I 2a 5/67 (RSHA)

haben jedoch ergeben, daß Schmidt nicht

dem für Kriegseingene zuständigen Sachgebiet

IV D 5 b, sondern lediglich dem Sachgebiet

IV D 5 c angehört hat, das Angelegenheiten der

Ostarbeiter bearbeitete. Das Verfahren ist

deshalb gegen ihn einzustellen, ohne daß es seiner

verantwortlichen Vernehmung zum Gegenstand dieses

Verfahrens bedarf.

chen in der Menge. Mich betraf doch ein Unbehagen, so ein Erschauern, obwohl ich mir den Gastod schlimmer vorgestellt hatte. Ich stellte mir darunter immer ein qualvolles Ersticken vor. Die Leichen waren aber durchwegs ohne jegliche Verkrampfung. Wie mir die Ärzte erklärten, wirkte die Blausäure lähmend auf die Lunge, die Wirkung wäre aber so plötzlich und so stark, daß es nicht zu den Erstickungserscheinungen wie z.B. durch Leuchtgas oder durch allgemeine Luftentziehung des Sauerstoffs führe. Über die Tötung der russischen Kriegsgefangenen an und für sich machte ich mir damals keine Gedanken. Es war befohlen, ich hatte es durchzuführen. Doch ich muß offen sagen, auf mich wirkte diese Vergasung beruhigend, da ja in absehbarer Zeit mit der Massen-Vernichtung der Juden begonnen werden mußte, und noch war weder Eichmann noch mir die Art der Tötung dieser zu erwartenden Massen klar."

Die Tötungen aussondierter sowjetischer Kriegsgefangener wurden im KL Auschwitz bis Anfang 1944 fortgesetzt.

g) Weitere KL

In den KL Mauthausen und Neugamme wurden vor Dienstantritt des Besuchtdigten einzelne Massenezekutionen aussondierter sowjetischer Kriegsgefangener durchgeführt, so z.B. in Mauthausen

Bd. VIII, 93-94;
Dok. O. KL VII b u. c

im November 1941
236 Kommissare (in zwei Transporten) und Offiziere
am 26.1.1942
1 Kommissar
am 17.3.1942
11 Komm. u. Offiz.
am 23.3.1942
26 " " "

und im KL Neugamme
im Oktober 1941

43 sowjet. Kriegsgefangene

Pers.H. P_z 21

8) Der Beschuldigte

Fritz Z i m m a t ,
früher Polizeiobersekretär und
SS-Untersturmführer,
geboren am 2. Juli 1908 in Kiel,
wohnhaft in Kiel, Klosterkirchhof 14/16,

soll nach den Telefonverzeichnissen des RSHA vom Mai 1942 und Juni 1943 Angehöriger des Referates IV D 3 (Staatsfeindliche Ausländer, Emigranten), sowie laut Seidel-Aufstellung des ab April 1944 eingerichteten Nachfolgereferates IV B 2 a (Ostgebiete, Sowjetunion) gewesen sein. Da letzteres u. u.a. auch für Kriegsgefangene zuständig war, wurde Z i m m a t in das Verfahren als Beschuldigter einbezogen. In seiner verantwortlichen Vernehmung vom 10. September 1968 erklärte er, er könne sich nicht mehr an die Bezeichnungen der Referate erinnern, bei denen er tätig gewesen sei. Er sei nur mit Verwaltungssachen beschäftigt gewesen. Auf keinen Fall habe er mit den Angelegenheiten von Kriegsgefangenen zu tun gehabt. Die ihm vorgehaltenen Sachbearbeiter für das Kriegsgefangenenwesen T h i e d e k e , G r ü n d l i n g und K ö n i g s h a u s kenne er nicht. Dem Referatsleiter IV D 5, T h i e m a n n , habe er dienstlich nicht unterstanden.

Nach Angaben des Beschuldigten P i l l i n g soll Z i m m a t nicht dem belasteten Sachgebiet IV D 5, sondern dem Sachgebiet IV D 3 angehört haben, bei dem dieser einfache Arbeiten (Registratur, Statistik) verrichtet habe. Die in IV D 5/IV B 2 a tätig gewesenenen Zeuginnen B e c k, G ü n t h e r und W e i s e r sowie der Registrator S i m o n können sich nicht erinnern,

pers.H. P. 21 8) Der Beschuldigte

Fritz Zimmermann
früher Polizeiobersekretär und
SS-Untersturmführer,
geboren am 2. Juli 1908 in Kiel,
wohnhaft in Kiel, Klosterkirchhof 14/16,

soll nach den Telefonverzeichnissen des RSHA vom
Mai 1942 und Juni 1943 Angehöriger des Referates
IV D 3 (Statistische Ausländer, Emigranten),
sowie laut Seidel-Aufstellung des ab April 1944
eingesetzten Nachfolgereferates IV B 2 a (Ost-
gebiete, Sowjetunion) gewesen sein. Da letzteres
u.a. auch für Kriegseingekerkerten zuständig war, wurde
Zimmermann in das Verfahren als Beschuldigter
einbezogen. In seiner verantwortlichen Vernehmung
vom 10. September 1968 erklärte er, er könne sich
nicht mehr an die Bezeichnungen der Referate er-
innern, bei denen er tätig gewesen sei. Er sei nur
mit Verwaltungssachen beschäftigt gewesen. Auf
keinen Fall habe er mit den Angelegenheiten von
Kriegseingekerkerten zu tun gehabt. Die ihm vorgehalte-
nen Sachbearbeiter für das Kriegseingekerkertenwesen
Thiedeke, Grünberg und
Könighaus könne er nicht. Dem Referats-
leiter IV D 5, Thiemann, habe er dienst-
lich nicht unterstanden.

Nach Angaben des Beschuldigten Fritz Zimmermann
soll Zimmermann nicht dem belasteten Sachge-
biet IV D 5, sondern dem Sachgebiet IV D 3 ange-
hört haben, bei dem dieser einfache Arbeiten
(Registrierung, Statistik) verrichtet habe. Die in
IV D 5/IV B 2 a tätig gewesenem Zeuginnen B e c k
Grünther und Weiser sowie der Regi-
strator Simon können sich nicht erinnern.

In beiden KL fanden in den Jahren 1942 bis 1944 weitere Massenezekutionen statt, die im Abschnitt VI behandelt werden.

Es ist davon auszugehen, daß auch in anderen KL des Reichsgebietes weitere Massentötungen dieser Art durchgeführt wurden, die sich jedoch weder durch Urkunden noch durch detaillierte Zeugenaussagen nachweisen lassen, z.B. in den KL Stutthof, Natzwitzler, Dorpmittelbau u.a. Im Generalgouvernement fanden ebenfalls Massenliquidierungen außer in der Nähe der Kriegsgefangenenlager auch in Konzentrationslagerähnlichen Kriegsgefangenenlagern in Lublin, Lemberg, Stedlee, Przemysl, Rawa-Ruska und anderen Lagern statt.

daß Z i m m a t in dem für Kriegsgefangene zuständigen Sachgebiet tätig gewesen ist. Diesbezügliche Dokumente liegen nicht vor, so daß sich der nach der Seidel-Aufstellung ursprünglich bestehende Verdacht mangels konkreter Anhaltspunkte nicht bestätigt hat. Das Verfahren gegen Z i m - m a t ist deshalb einzustellen.

Das Z i m m e r in dem für Kriegesgefangene
zuständigen Sachgebiet tätig gewesen ist. Dies-
bezügliche Dokumente liegen nicht vor, so daß sich
der nach der Seidel-Aufstellung ursprünglich be-
stehende Verdacht mangels konkreter Anhaltspunkte
nicht bestätigt hat. Das Verfahren gegen Z i m -
m e r ist deshalb einzustellen.

Bei den vorstehenden Angaben handelt es sich ^{um} nur Mindestopferzahlen, deren Unvollständigkeit hauptsächlich auf der rechtzeitigen Vernichtung aller einschlägigen Unterlagen beruht. Das trifft insbesondere für das Generalgouvernement, in dem in zahlreichen Fällen die ausgedehnten Kriessorgen auch in der Nähe der Kriessorgenlager erschossen worden sind, zu. Zählt man noch die Erschießungsziffern der Einsatzgruppen hinzu, so beweisen diese Zahlen ausreißend die historische These, daß die Wehrmacht in ihren Truppenverbänden es nicht daran hat fehlen lassen, den Kommissarsbefehl unausgeführt zu lassen, wo sie nur konnte, auch wenn das OKW/AWA nach Beginn des Ostfeldzuges am 22. Juni 1941 Fortführung, in Anlehnung an die Einsatzbefehle durch Weisungen an die Kommandanturen der Kriessorgenlager zu unnenlagern die Aussonderungen zu unterstützen.

III. Inhalt der die Aussonderungen anordnenden Einsatzbefehle des RSHA und Erlasse des OKW

1. Allgemeines

Der geschichtliche Rückblick auf die Entwicklung des "Kommissarsbefehls" des OKW war erforderlich, um die Gründe aufzuzeigen, die es Himmler und Heydrich im RSHA möglich machten, den von Hitler der Wehrmacht am 30. März 1941 erteilten Auftrag vollständig an sich

9) Die Beschuldigten

Pers.H. P_p 36

- 9) Albin P i l l i n g ,
früher Polizeiinspektor und
SS-Hauptsturmführer,
geboren am 22. Februar 1910 in Gießen,
wohnhaft in Düsseldorf, Jülicher Straße 47,

Pers.H. P_h 54

- 10) Wilhelm H a y n ,
früher Kriminalsekretär und
SS-Untersturmführer,
geboren am 5. Januar 1903 in Lissa,
wohnhaft in Berlin 36, Glogauer Straße 33,

gehörten nach der Seidel-Aufstellung im Jahre 1944/1945 dem Referat IV B 2 a des RSHA an, das u. a. für Kriegsgefangene zuständig war, weshalb sie als Beschuldigte in das Verfahren einbezogen wurden.

Die Zeuginnen G ü n t h e r und B e c k , die in IV B 2 a Kriegsgefangenenvorgänge schrieben, und der Registrator S i m o n verneinen übereinstimmend, daß P i l l i n g und H a y n auf diesem Gebiet tätig gewesen sind. In seinen Vernehmungen vom 28. August 1968 und 24. Oktober 1969 zu dem Verfahren l Js 5/67 (RSHA) gab P i l l i n g u.a. an, niemals mit den Angelegenheiten der Kriegsgefangenen befaßt gewesen zu sein. H a y n erklärte in seiner Vernehmung vom 16. Oktober 1969 zu dem Verfahren l Js 5/67 (RSHA) ebenfalls, auf dem Gebiet des Kriegsgefangenenwesens nicht gearbeitet zu haben. Da keine sie auf diesem Gebiet belastenden Zeugenaussagen und auch keine Dokumente vorliegen, denen Gegenteiliges entnommen werden könnte, wurde von ihrer verantwortlichen Vernehmung in dieser Sache abgesehen. Das Verfahren gegen sie ist einzustellen.

Die Beschuldigten

Pers.H. P^h 36

9) Albin P i l l i n g ,
früher Polizeikommissar und
SS-Hauptsturmführer,
geboren am 22. Februar 1910 in Gießen,
Wohnhaft in Düsseldorf, Müllicher Straße 47,

Pers.H. P^h 54

10) Wilhelm H a y n ,
früher Kriminalsekretär und
SS-Untersturmführer,
geboren am 2. Januar 1907 in Lissa,
Wohnhaft in Berlin 36, Glogauer Straße 33,

gehört nach der Seidel-Anstellung im Jahre
1944/1945 dem Referat IV B 2 des RSHA an, das
u. a. für Kriegesangelegenheiten zuständig war, weshalb
sie als Beschuldigte in das Verfahren einbezogen
wurden.

Die Zeuginnen G ü n t h e r und B e c k , die
in IV B 2 a Kriegesangelegenheiten scharfen,
und der Referat IV B 2 a u n vernommen über-
einbringend, das P i l l i n g und H a y n
auf diesem Gebiet tätig gewesen sind. In seinen
Vernehmungen vom 28. August 1968 und 24. Okto-
ber 1969 zu dem Verfahren I 7a 5/67 (RSHA) gab
P i l l i n g u. a. an, niemals mit den Angelegen-
heiten der Kriegesangelegenheiten befaßt gewesen zu sein.
H a y n erklärte in seiner Vernehmung vom
16. Oktober 1969 zu dem Verfahren I 7a 5/67 (RSHA)
ebenfalls, auf dem Gebiet der Kriegesangelegen-
heiten nicht gearbeitet zu haben. Da keine sie
auf diesem Gebiet belastenden Zeugenaussagen und
auch keine Dokumente vorliegen, denen Gegenstän-
des entnommen werden könnte, wurde von ihrer ver-
antwortlichen Vernehmung in dieser Sache abge-
sehen. Das Verfahren gegen sie ist einzustellen.

Dok.O. KL III/1-2

Sommer 1944 eine Gesamtzahl von
für die Zeit von Herbst 1941 bis
tur - Case N° 000 - 50 - 9 - wurde
und weitere Angehörige der Kommandan-
Pylmont, den KL-Kommandanten Pister
Erpitz-Jostas Fürst zu Waldeck und
HSSR des Oberabschnittes Werra-Fulda,
22. Februar 1910 in Gießen,
verstarben in Düsseldorf, Jülicher Straße 47,
Im amerikanischen Militärgerichts-

Pers.H. Ph 54

10) Wilhelm Hayn,

e) KL Buchenwald
früher Kriminalsekretär und

SS-Untersturmführer,

geboren am 5. Januar 1903 in Lissa,

betrugen.
wohnhaft in Berlin 36, Glogauer Straße 33,

Komitees

nach Berechnungen des Flossenbürg-
schließlich der exekutierten - soll
tischen Kriegsgefangenen - ein-
KL Flossenbürg verstorbenen sowie-
worden seien. Die Gesamtzahl der im
wjetische Kriegsgefangene liquidiert
zum Frühjahr 1942 mindestens 1.350 so-
gefangener im KL Flossenbürg) bis
erschließungen sowjetischer Kriegs-
18. Oktober 1941 (Beginn der Massen-
gibt an, daß allein in der Zeit vom
onen zu machen. Dr. Dr. Giesecke
Vernehmungen vom 28. August 1968 und 24. Okto-
ber 1969 zu dem Verfahren 1 Js 5/67 (RSHA) gab
Pillling u.a. an, niemals mit den Angelegen-
heiten der Kriegsgefangenen befaßt gewesen zu sein.
Hayn erklärte in seiner Vernehmung vom
16. Oktober 1969 zu dem Verfahren 1 Js 5/67 (RSHA)
ebenfalls, auf dem Gebiet des Kriegsgefangenen-
zeugen Dr. Dr. Giesecke entnehmen,
lassen sich jedoch den Angaben des
dieser Tötungen festzustellen. Sie
Opferzahlen über den Gesamtumfang
Hot des Arrestbaues, ohne jedoch
antwortlichen Vernehmung in dieser Sache abge-
hen. Das Verfahren gegen sie einzustellen.

Hinsichtlich der weiteren Beschuldigten haben die Ermittlungen folgendes ergeben:

- Pers.H. P_{st} 9 11) Paul S t e f f e n ,
früher Kriminalinspektor,
geboren am 13. September 1881 in Neu-Tessin,
(Identität fraglich),
Aufenthalt unbekannt,
- Pers.H. P_k 160 12) K ü h n ,
früher Polizeiobersekretär,
weitere Personalien unbekannt
- Pers.H. P_w 109 13) W o l f ,
weitere Personalien und Aufenthalt
nicht bekannt
- Pers.H. P_r 93 14) R o s e ,
SS-Hauptsturmführer,
weitere Personalien und Aufenthalt
nicht bekannt,

in dem
sind laut Seidel-Aufstellung im Jahre 1944/1945/
für das Kriegsgefangenenwesen zuständigen Referat
IV B 2 a des RSHA/ ^{beschäftigt} gewesen. Die zu Fragen der
Besetzung und Tätigkeit in diesem Referat vernom-
menen Zeugen konnten keine konkreten Hinweise
geben, aus denen zu entnehmen war, daß die Be-
schuldigten zu 11) bis 14) mit Vorgängen gegen
Kriegsgefangene im Rahmen dieses Verfahrens be-
faßt gewesen sind. Dokumente, die sie belasten
könnten, sind nicht aufgefunden worden. Das Ver-
fahren gegen sie ist daher einzustellen.

Hinsichtlich der weiteren Beschuldigten haben die Ermittlungen folgendes ergeben:

- | | |
|---|----------------------------------|
| <p>11) Paul Steffen,
früher Kriminalinspektor,
geboren am 13. September 1881 in Neu-Tessin,
(Identität fraglich),
Aufenthalt unbekannt,</p> | <p>Pers.H. P_{st} 9</p> |
| <p>12) Kühn,
früher Polizeiobersekretär,
weitere Personalien unbekannt</p> | <p>Pers.H. P_K 160</p> |
| <p>13) Wolf,
weitere Personalien und Aufenthalt
nicht bekannt</p> | <p>Pers.H. P_w 109</p> |
| <p>14) Rose,
St-Hauptsturmführer,
weitere Personalien und Aufenthalt
nicht bekannt,</p> | <p>Pers.H. P_r 93</p> |

in dem
sind laut Seidel-Aufstellung im Jahre 1944\1945
für das Kriegesangenenwesen zuständigen Refe-
rat IV B 2 a des RSHA\gewesen. Die zu Fragen der
Besetzung und Tätigkeit in diesem Referat vernom-
menen Zeugen konnten keine konkreten Hinweise
geben, aus denen zu entnehmen war, daß die Be-
schuldigten zu 11) bis 14) mit Vorgängen gegen
Kriegesangene im Rahmen dieses Verfahrens be-
lastet gewesen sind. Dokumente, die sie belasten
könnten, sind nicht aufgefunden worden. Das Ver-
fahren gegen sie ist daher einzustellen.

etwa mindestens 4.000 exekutierten sowie jüdischen Kriegsgefangenen ermittelt. Ein großer Teil von ihnen wurde ab Herbst 1941 bis zum Dienstantritt des Beschuldigten in dem zu einer Genickschussanlage (nachdem Vorbild des KL Sachsenhausen) umgebauten Pferdestall liquidiert. Die Opferzahl von etwa 6.000 ermittelte der Zeuge, Professor Kogon, in Zusammenarbeit mit anderen Häftlingen und den amerikanischen Ermittlungsbehörden. Sie wird indirekt von dem Zeugen Bleicher bestätigt, dem es gelang, zusammen mit anderen Häftlingen die Ausweispapiere und sonstigen Personaldokumente, die den sowjetischen Kriegsgefangenen vor ihrer Erschießung im "Pferdestall" abgenommen worden waren, in der Effektenverwaltung zu sammeln und zu verstecken. Nach seinen letzten Angaben handelte es sich um mehrere tausend Pässe und andere Personalspapiere.

Bd. X, 54

Bd. XXII, 25, 26

f) KL Auschwitz

Über die systematischen Tötungen ausgederter sowie jüdischer Kriegsgefangener im KL Auschwitz haben sich bis heute keine exakten Zahlen ermitteln lassen, da das vorhandene Urkundenmaterial die vom RSHA angeordneten Exekutionen ausgederter Kriegsgefangener nicht von den

Pers.H.P_{sch} 224

- 15) Ferdinand S c h ä f e r ,
früher Polizeisekretär,
geboren am 4. Mai 1908 in Bonn,

ist in den Kreis der Beschuldigten einbezogen worden, weil er zeitweise im Referat IV B 2 tätig gewesen sein soll, das für Kriegsgefangene zuständig war. Schäfer ist mit Wirkung vom 8. Mai 1995 (vgl. Spruchkammerakten S.f.s. 01257) für tot erklärt worden. Weitere Nachforschungen blieben ergebnislos.

(vgl. Spruchkammer

Pers.H.P_p 72

- 16) Günter P ü t z ,
früher Kriminalrat und
SS-Hauptsturmführer,
geboren am 29. Juni 1913 in Hamborn,

ist laut Sterbeurkunde des Standesamtes Oberbruch vom 8. Mai 1969 - Nr. 40/69 - am 7. Mai 1969 in Oberbruch-Dremmen verstorben.

Pers.H.P_t 18

- 17) † Franz T h i e d e k e ,
früher Regierungsamtsrat und
SS-Sturmbannführer,
geboren am 26. Juni 1893 in Milonka,

war von Kriegsbeginn an Leiter des für Kriegsgefangene zuständigen Sachgebietes IV A 1 c des RSHA bis zum 31. März 1942. Seine Tätigkeit im Sachgebiet IV A 1 c, die am 1. April 1942 der Beschuldigte K ö n i g s h a u s übernahm, und seine Mitwirkung an Erlassen und Einzelanordnungen zur Tötung von zahlreichen polnischen und sowjetischen Kriegsgefangenen ist in den Abschlußvermerken zu diesem Verfahren vom 15. September 1970 (Teil A) und 1. November 1970 (Teil B), auf die verwiesen wird, eingehend dargelegt.

Pers.H.P. sch 224 15) Ferdinand Schärer,
früher Polizeisekretär,
geboren am 4. Mai 1908 in Bonn,

ist in den Kreis der Beschuldigten einbezogen worden, weil er zeitweise im Referat IV B 2 tätig gewesen sein soll, das für Kriegseingekommene zuständig war. Schärer ist mit Wirkung vom 8. Mai 1945 (vgl. Spruchkammerakten S. 1. a. 01257) für tot erklärt worden. Weitere Nachforschungen blieben ergebnislos.

Pers.H.P. p 72 16) Günter Pütz,
früher Kriminalrat und
SS-Hauptsturmführer,
geboren am 29. Juni 1913 in Hamborn,

ist laut Sterbetrunde des Standesamtes Oberbruch vom 8. Mai 1969 - Nr. 4069 - am 7. Mai 1969 in Oberbruch-Dremsen verstorben.

Pers.H.P. f 18 17) Franz Thiedeke,
früher Regierungsrat und
SS-Sturmabführer,
geboren am 26. Juni 1893 in Milonka,

war von Kriegsbeginn an Leiter des für Kriegseingekommene zuständigen Sachgebietes IV A 1 c des RSHA bis zum 31. März 1942. Seine Tätigkeit im Sachgebiet IV A 1 c, die am 1. April 1942 der Beschuldigte Könnig als a u s a übernahm, und seine Mitwirkung an Erlassen und Einzelanordnungen zur Tötung von zahlreichen polnischen und sowjetischen Kriegseingekommenen ist in den Abschlüssen merken zu diesem Verfahren vom 15. September 1970 (Teil A) und 1. November 1970 (Teil B), auf die verwiesen wird, eingehend dargestellt.

Pers.H.P. 224 sch

15) Ferdinand Schäfer,
früher Polizeisekretär,
geboren am 4. Mai 1908 in Bonn,

- 64d -

ist in den Kreis der Beschuldigten einbezogen worden, weil er zeitweise im Referat IV B 2 tätig gewesen sein soll, das für Kriegsgefangene zuständig war. Schäfer ist mit Wirkung vom 8. Mai 1945

ende folgende Angaben: Spruchkammerakten S.f.o. 01257) für tot

machte hierüber nach Kriegs- Seite 121-122, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000

Kommandant des KL Auschwitz, Hoss-Bericht

schen Kriegsgefangenen. Hoss, Dok.O. KL II

ein Transport von 900 sowjetl-

das liquidiert wurden, darunter

Transporte ein, die sofort mit

sen. Außerdem trafen laufend

sondert und vergast bzw. erschos-

Auschwitz weitere 1.000 ausge-

gefangenen wurden noch im KL

lieferten sowjetischen Kriegs-

Von 10.000 im November 1941 einge-

Dok.O. KL II,

Pers.H.P. 18 17) Franz Thiedeke,

sonderte Kriegsgefangene handelte. und

Schling zu, daß es sich um ausge-

Tötungen lassen den sicheren

ferungen unmittelbar folgenden

worden zu sein. Die den Einlie-

komplexes Auschwitz aufgenommen

oder andere Teilager des Lager-

Kriegsgefangenenlager Birkenau

nichtet wurden, ohne in das

bar nach ihrer Einlieferung ver-

gefangenen bekannt, die unmittel-

Vergesungaktionen von Kriegs-

nur einzelne Erschießungs- oder

Kriegsgefangenen trennt. So sind

sonstigen Sterbefällen der

gelegt wird, eingehend dargelegt.

Pers.H. P_t 18

T h i e d e k e ist laut Beschluß des Amtsgerichts
Tempelhof-Kreuzberg - Abt. 60 - vom 12. Mai 1959
- 70^d 33/59 - mit Wirkung vom 31. Dezember 1945
für tot erklärt worden. Eingehende Nachforschungen
über den Verbleib des T h i e d e k e blieben
erfolglos (vgl. die Vermerke der Abt. I des PP
vom 23. Februar, 10. März und vom 22. Juni 1967).

II. Das Verfahren gegen die Beschuldigten

- ~~Zu~~ I 1) Dr. Friedrich R a n g
2) Kurt L i s c h k a
3) Joachim R e i c h e n b a c h
4) Andreas K e m p e l
5) Gerhard K l i n g
6) Gustav-Adolf N o ß k e
7) Walter S c h m i d t
8) Fritz Z i m m a t
9) ~~Wilhelm~~ P H l i n g
10) Wilhelm H a y n
11) Paul S t e f f e n
12) K ü h n
13) W o l f
14) R o s e

wird aus den Gründen des Vermerkes zu I 1)-14)
gemäß § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO eingestellt.

III. Das Verfahren gegen die Beschuldigten

- zu II 15) Ferdinand S c h ä f e r
16) Günter P ü t z
17) Franz T h i e d e k e

hat sich durch deren Tod erledigt.

IV. - V. pp

Berlin 21, den 24. Februar 1971

Hauswald
Erster Staatsanwalt

Ad.

Thiede ist laut Beschluss des Amtsgerichts
Tempelhof-Kreuzberg - Abt. 60 - vom 12. Mai 1959
- 70^d 33/59 - mit Wirkung vom 31. Dezember 1945
für tot erklärt worden. Eingehende Nachforschungen
über den Verbleib des Thiede blieben
erfolglos (vgl. die Vermerke der Abt. I des RP
vom 23. Februar, 10. März und vom 22. Juni 1967).

Pers.H. P. 18

II. Das Verfahren gegen die Beschuldigten

- zu I 1) Dr. Friedrich R a n g
2) Kurt I s a c h k a
3) Joachim R e i c h e n b a c h
4) Andreas K e m p e l
5) Gerhard K l i n g
6) Gustav-Adolf N o b k e
7) Walter S c h m i d t
8) Fritz Z i m m e r
9) Albin P i l l i n g
10) Wilhelm H a y n
11) Paul S t e f f e n
12) K ü h n
13) W o l f
14) R o s e

wird aus den Gründen des Vermerkes zu I 1)-14)
gemäß § 170 Abs. 2 Satz 1 StPO eingestellt.

III. Das Verfahren gegen die Beschuldigten

- zu II 15) Ferdinand S c h ä f e r
16) Günter P ü t z
17) Franz T h i e d e
hat sich durch deren Tod erledigt.

IV. - V. pp

Berlin 21. den 24. Februar 1971

Erster Staatsanwalt
Hauptstadt

"Solche herausgefundenen politischen Funktionäre der Roten Armee kamen nun auch zur Liquidierung nach Auschwitz. Die ersten kleinen Transporte wurden durch Exekutions-Kommandos der Truppe erschossen. Während einer Dienstreise hatte mein Vertreter, der Schutzhaftlagerführer Fritzsch, zur Tötung Gas verwendet. Und zwar das Blausäurepräparat Cyclon B, das zur Ungeziefervertilgung im Lager laufend gebraucht wurde und vorrätig lag. Nach meiner Rückkehr meldete er mir dies und beim nächsten Transport wurde wiederum dies Gas benutzt. Die Vergasung wurde in den Arrestzellen des Block 11 durchgeführt. Ich selbst habe mir die Tötung, durch eine Gasmaske geschützt, angesehen. Der Tod erfolgte in den vollgepfropften Zellen sofort nach Einwurf. Nur ein kurzes, schon fast ersticktes Schreien, und schon war es vorüber. So recht zum Bewußtsein ist mir diese erste Vergasung von Menschen nicht gekommen, ich war vielleicht zu sehr von dem ganzen Vorgang überhaupt beeindruckt. Stärker erinnerlich ist mir die bald darauf erfolgte Vergasung von 900 Russen im alten Krematorium, da die Benutzung des Block 11 zuviel Umstände erforderlich machte. Es wurden einfach noch während des Entladens mehrere Löcher von oben durch die Erd- und Betondecke des Leichenraumes geschlagen. Die Russen mußten sich im Vorraum entkleiden und gingen alle ganz ruhig in den Leichenraum, da ihnen gesagt wurde, wie würden da entlaust. Der ganze Transport ging gerade genau in den Leichenraum. Die Türe wurde zugeschlossen und das Gas durch die Öffnungen hineingeschüttet. Wie lange diese Tötung gedauert hat, weiß ich nicht. Doch war eine geraume Weile das Gesumme noch zu vernehmen. Beim Einwerfen schrieten einige "Gas", darauf ging ein mächtiges Brüllen los und ein Drängen nach den beiden Türen. Diese hielten aber den Druck aus. Nach mehreren Stunden erst wurde geöffnet und entlüftet. Da sah ich nun zum ersten Male die Gaslei-